

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

Central-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgeld), bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgegeben vom Zentralverband der Maurer Deutschlands, Hamburg 1.

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr. Vereins-Anzeigen für die dreispaltige Beilage oder deren Raum 30 A.

Aufruf

zur Unterstützung der Aussperrung und des allgemeinen Streiks der Gewerkschaften Schwedens.

Den Gewerkschaften Schwedens ist durch das organisierte Unternehmertum das letzte Mittel aufgedrungen worden, der allgemeine Streik, der am 4. August begonnen hat. Auf den Widerstand der Arbeiter in der Konfektion und in der Zelluloseindustrie antworteten die Unternehmer mit Aussperrungen der gesamten Arbeiter dieser Berufe. Darauf stellte der Schwedische Arbeitgeberverein, die Zentrale der größten Unternehmerverbände, den Gewerkschaften das Ultimatum, daß am 26. Juli die Arbeiter der Holzschleifereien, Sägewerke und der Textilindustrie ausgesperrt würden, denen am 2. August die Arbeiter der Eisenwerke folgen würden, falls nicht bis dahin die Konflikte zu den Unternehmerbedingungen beendet seien. Diesen Aussperrungen sollten weitere Lockouts folgen.

Die Gewerkschaften Schwedens beschloßen auf einer Vorstandskonferenz, die Friedensverhandlungen weiterzuführen, auf die Verwirklichung der Generalaussperrung am 26. Juli und 2. August aber mit der allgemeinen Arbeitseinstellung aller Gewerkschaften am 4. August zu antworten. Von der Arbeitsniederlegung sollen unberührt bleiben die Arbeiter, die bei der Wartung kranker Menschen, bei Pflege der Tiere und bei der öffentlichen Beleuchtung, Wasserversorgung und Reinigung beschäftigt sind. Jede statutarische Unterstützung während dieses Kampfes wird eingestellt; die vorhandenen Mittel bleiben reserviert, um der dringenden Not zu steuern. Den in Arbeit verbleibenden Mitgliedern wird ein hoher Extrabeitrag auferlegt.

Die Aussperrungen am 26. Juli und am 2. August sind dem Programme des Arbeitgebervereins gemäß erfolgt, worauf der allgemeine Abwehrstreik der Gewerkschaften am 4. August seinen Anfang nahm. 83000 Arbeiter sind ausgesperrt; 250 000 dürften insgesamt am Kampfe beteiligt werden.

Die Landeszentrale der Gewerkschaften Schwedens ist sich vollständig klar darüber, daß ein Kampf von solcher Ausdehnung in kürzester Frist entschieden sein muß und daß selbst die größten verfügbaren Mittel nicht ausreichen würden, alle Kämpfer genügend unterstützen zu können. Gleichwohl appelliert sie an die Solidarität der organisierten Arbeiter aller Länder, ihre Brüder in Schweden in diesem ihnen aufgedrungenen Kampfe nach besten Kräften zu unterstützen. Denn ein Risikokampf wie dieser hinterläßt selbst bei kürzester Dauer tiefe Wunden.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hat unermüdet alle Schritte eingeleitet, um diese Hilfe ins Werk zu setzen und die Vorstände der Zentralverbände haben dem Antrage der Generalkommission auf sofortige Einleitung einer Sammlung für die kämpfende schwedische Arbeiterschaft zugestimmt.

Wir richten nunmehr an die organisierte deutsche Arbeiterschaft die dringende Bitte, rasch und willig zur Unterstützung ihrer Kampfgenossen in Schweden beizutragen. Keiner entziehe sich dieser Pflicht der Arbeiter-Solidarität.

Die Gewerkschaftskartelle werden ersucht, die Sammlung an ihrem Ort zu zentralisieren. Alle Geldsendungen sind zu richten an H. Kube, Berlin SO 16, Engelstafer 14. Auf den Postabschnitten ist anzugeben, daß der Betrag für Schweden bestimmt ist. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. C. Regen.

Das profitwütige Unternehmertum.

Die Nr. 29 der „Rheinisch-Westfälischen Arbeitgeber-Zeitung“ enthält einen Artikel, in dem die „sozialdemokratische Lebensart“, daß die wirtschaftliche Lage des Arbeiterstandes es nicht zulasse, diesen mit neuen indirekten Steuern zu belasten, widerlegt werden soll. Dies bringt das Blatt etwa auf folgende Weise fertig: Erstens können die Arbeiter neue Lasten sehr gut tragen; denn die Löhne sind erheblich gestiegen und gemähren den Arbeitern überall ein gutes Auskommen. Zweitens tragen ja die Arbeiter die Mehrbelastung gar nicht, sondern wälzen sie in Form einer Lohnniederlegung auf die Arbeitgeber ab. Drittens kommt den Arbeitern das, was sie für Heer und Marine opfern, dadurch wieder zugute, daß auch sie von diesem Gelde ein gut Teil verdienen, so daß sie schon aus diesem Grunde an der allgemeinen Last mit tragen helfen können. — Die Behauptung, daß es den Arbeitern gut geht, sucht das Scharfnagerblatt mit dem Hinweis auf das „große Heer“ sozialdemokratischer Parteiangestellter, Agitatoren und Zeitungen zu stützen. Auch sei die Arbeiterrodter im Sonntagstaat recht häufig nur dadurch von der Bürger- und Beamtentochter zu unterscheiden, daß sie noch nicht gelernt habe, sich mit Geschmac zu kleiden, und selbstverständlich darf auch der Hinweis auf die Kneipen nicht fehlen. „Der Gastwirt weiß es lange, daß es ein gutes Geschäft ist, ein Lokal für Arbeiter zu haben. Und warum läßt mancher Geschäftsmann sich den sozialdemokratischen Terror gefallen? Doch nur, weil er sich geschäftlich ganz gut dabei steht. Nirgend merkt man etwas von einem Notstand unter den Arbeitern. Warum sollten sie denn nicht auch einen Teil der Lasten tragen?“

Wir können es begreifen, daß die Agitatoren und Angestellten der Arbeiter den Schreibern an der „Rheinisch-Westfälischen“ ein Dorn im Auge sind. Sind sie es doch, die die Arbeiter immer wieder dazu „aufhetzen“, sich menschenwürdige Existenzbedingungen zu erkämpfen, und die den Unternehmern bei Kämpfen und Verhandlungen oft genug zu schaffen machen. Daß es in der Arbeiterbewegung Leute gibt, die durch ihre Stellung in der Lage sind, so viel Erfahrungen zu sammeln, daß sie es mit den Unternehmern und ihren Söldlingen getrost aufnehmen können, die in der Lage sind, Mißstände in den Betrieben der Unternehmer öffentlich zu kritisieren, ohne daß man sie dafür maßregeln kann — dies, und noch manches andere mag den Unternehmern, die zur „Rheinisch-Westfälischen“ schwören, äußerst unangenehm sein. Nicht minder verhasst sind dem Unternehmertum die sozialdemokratischen Zeitungen, die energisch die Interessen der Arbeiter vertreten und die das Unternehmertum deshalb ebenso wie die Angestellten und Agitatoren der Arbeiter zum Teufel wünscht. Wir begreifen auch den Unmut, den das Scharfnagerblatt empfindet, weil die Arbeiter heute nicht mehr in Lumpen herumlaufen wollen, sondern befreit sind, sich möglichst menschenwürdig zu kleiden. Wohin soll das führen, wenn sich die Arbeiterrodter ebenso kleiden will wie die Bürger- und Beamtentochter. Da geht ja jeder Standesunterschied verloren, und der „Plebs“ könnte gar leicht auf den Gedanken kommen, daß er aus demselben Holze ist und denselben Wert besitzt wie die Bürger- und Beamtentochter; daß er deshalb auch dieselben Rechte wie diese haben müsse, und ferner nicht verpflichtet sei, sich ausbeuten zu lassen.

Das Blatt wird übrigens den Ausdruck „Ausbeuter“ nicht gelten lassen. Nach seiner Behauptung ist nämlich der Unternehmer eine Seele von Mensch, der gern (!) die Wünsche seiner Arbeiter erfüllt, wenn er nur kann und — wenn er sie nur für berechnigt hält. Gegen das letzte Argument läßt sich nicht ankämpfen. Es genügt, wenn wir feststellen, daß die Unternehmer im allgemeinen

nie eine Arbeiterforderung als berechtigt anerkennen. Die andre Behauptung wird schon dadurch widerlegt, daß es die Unternehmer, wenn von den Arbeitern Forderungen gestellt werden, meistens auf einen Streik oder eine Aussperrung ankommen lassen. Dabei hat man nicht nur oft die Erfahrung gemacht, daß die Unternehmer an minderwertige Streikbrecher höhere Löhne zahlen können, als die Streikenden resp. Aussperrten für sich verlangen, sondern daß sie auch noch einem für die Arbeiter günstigen Streik regelmäßig höhere Löhne zahlen, ohne deshalb zugrunde zu gehen. Aber wie steht es denn mit jenen großen Werken, die pro Kopf ihrer Arbeiter 50, 100 und mehr Prozent Dividende verteilen, und die trotzdem jede Arbeiterforderung progig ablehnen? Können auch sie die „Wünsche“ ihrer Arbeiter nicht erfüllen? Ach nein, so liegen die Dinge dort nicht! Aber die Arbeiter sind dort zumeist schlecht organisiert und deshalb der Uebermacht des Kapitals nicht gewachsen. So sehen wir denn, daß die Unternehmer in der Regel überall dort sehr wohl die Wünsche „ihrer“ Arbeiter erfüllen können, wo diese gut organisiert sind, dagegen fast niemals dort, wo die Organisationen der Arbeiter schwach sind.

Aber wenn nun die Unternehmer die Wünsche „ihrer“ Arbeiter erfüllt haben, was dann? Dann tritt das ein, was die Unternehmer von den Arbeitern behaupten: In Wirklichkeit tragen die Unternehmer die Lohnerhöhung gar nicht, sondern wälzen sie, wenigstens zum größten Teil, auf die Konsumenten ab. Da die Bedarfsartikel hierdurch für die Arbeiter ebenso wie für die Kapitalisten verteuert werden, so haben sie von ihren Lohnerhöhungen zumeist nur einen geringen Vorteil. Werden dann die notwendigsten Bedarfsartikel noch etwa durch Steuern und Zölle verteuert, wie das ja im lieben deutschen Vaterlande seit langen Mode ist, dann stehen sich die Arbeiter nach einer Lohnerhöhung schlechter als vorher und sind deshalb gezwungen, alsbald wieder Forderungen zu stellen. Gerade durch die seit Jahren betriebene Volksausplünderung wurde den Arbeitern immer das wieder genommen, was sie sich in schweren Kämpfen errungen hatten. Deshalb ist es auch nur ein plummes Manöver, wenn das rheinisch-westfälische Scharfnagerblatt behauptet, auf die Arbeiter brauche bei der Aufbürdung neuer Steuern deshalb keine Rücksicht genommen zu werden, weil die Löhne erheblich gestiegen sind. Wohl sind die Löhne gestiegen; aber fast noch schneller stiegen durch eine volksfeindliche Steuer- und Zollpolitik — gegen die sich ja neuerdings selbst die Unternehmer durch Gründung und Unterstützung des Sanabundes zu wehren begannen — fast alle für die Arbeiterklasse notwendigen Lebensmittel und Bedarfsartikel, und immer mehr mußten die Arbeiterorganisationen alle ihre Kräfte darauf verwenden, die dem Kapitalismus immanente Tendenz, die Lebenslage der Arbeiter herabzubrüden, für die Arbeiter unschädlich zu machen.

Wenn nun das Unternehmertum behauptet, die Arbeiter tragen nicht nur die durch die Steuererhöhung eintretende Mehrbelastung nicht, sondern hätten auch den Teil der Arbeiterversicherungslasten, der gesetzlich auf sie entfällt, von ihren Schultern auf die Unternehmer abgewälzt, so heißt das denn doch, die Dinge auf den Kopf stellen. In Wirklichkeit tragen doch die Unternehmer in der Regel gar nichts, sondern begnügen sich damit, neben der Entschädigung für ihre Tätigkeit — wenn sie sich zu einer Tätigkeit überhaupt herbeilassen — den von den Arbeitern geschaffenen Mehrwert einzustechen. Nicht die Unternehmer geben den Arbeitern etwas, sondern die Arbeiter sind es, die den Reichtum der Unternehmer erarbeiten und dabei selbst darben müssen. Den meisten Unternehmern würde es recht jämmerlich ergehen, wenn sie von ihrer Hände oder ihrer Köpfe Arbeit leben müßten. So sieht man denn, daß es nur eine Verwechslung, wenn auch eine uralte Verwechslung der Begriffe ist, wenn

die Unternehmer behaupten, die Arbeiter wählten etwas auf ihre Schultern. Nur darum kann es sich handeln, daß die Arbeiter etwas von dem Wert, den sie erarbeitet haben und der deshalb auch ihr Eigentum sein müßte, für sich oder — im vorliegenden Falle — für die Allgemeinheit, den Staat verlangen. Wären die Unternehmer das, was sie zu dem vorgeben, nämlich harmlose und patriotische Menschen, dann würden sie freudig die Steuern bezahlen, die durch ihr Verschulden und in ihrem Interesse notwendig werden. Da sie das nicht tun, sondern diese Steuern auf die schwachen Schultern der Arbeiter abwälzen, behält das sozialdemokratische Wort vom profitgierigen Unternehmertum, das die Arbeiter darben läßt, um seinen Vorteil zu füllen, vollauf seine Richtigkeit.

Die Konjunktur.

II.

(Fortsetzung der Einzelberichte.)

Mittel- und Norddeutschland.

Aus dem Gau Dresden wird berichtet: Durch den langen Winter ist ein Teil der Arbeiter, die sonst im Februar und März ausgeführt wurden, auf die Monate April und Mai verschoben worden. So, man kann sagen, daß die ganze Arbeit in diesem Jahre nach dem Sommer zu verschoben ist und die Bautätigkeit deshalb etwas längerer aushält, als sie in der Regel ist. Es läßt sich aber gegen 1908 doch eine Besserung feststellen. Viegen bis jetzt auch nur wenig oder gar keine Zahlen vor, an denen man nachweisen kann, daß in diesem Jahre mehr gebaut wird, so fällt die größere Bautätigkeit doch auf. In Dresden wurden im ersten Vierteljahr 1908 nur 16 Wohnhausbauten genehmigt, 1909 dagegen in demselben Zeitraum 30. Wahrscheinlich ist, daß dabei Zeichnungen eingereicht sind, um Baustellen leichter los zu werden. Eine kleine Besserung gegen das Vorjahr dürfte trotzdem übrig bleiben. Im Gebiet Pirna ist unbestreitbar eine bessere Bautätigkeit gegen 1908 vorhanden. Auch in Sebnitz, Freiberg, Dippoldiswalde, Riesa, Königsbrunn, Bischofswerda und Kamenz ist es besser als 1908. In Riesa wird die Bautätigkeit durch die Genossenschaftsfeinfabrik und noch einige andere Fabrikbauten beeinflusst. In Kamenz und Bischofswerda sind es öffentliche Bauten, die die Bautätigkeit vermehren. In Königsbrunn, wo die Militärbauten noch nicht fertig sind, steht außerdem die Privatbautätigkeit ein, die wahrscheinlich eine Folge der Schichtlabbauten ist. In Arnsdorf werden neben dem Irrenanfallsneubau auch Privatbauten ausgeführt, die eine große Arbeitsgelegenheit bieten. In Cottbus werden auf dem Neubau der Heilanstalt auch immer mehr Maurer eingestellt. Schlechter als im Vorjahre ist die Bautätigkeit im Neutirchner Gebiet, in Großschönbrunn, Sayda und allem Anschein nach auch in Riesa. In Meissen, Lommatzsch, Croßenhain, Neustadt, Rulsnitz, Schandau, Königstein und Strehla ist ein Unterschied zwischen der Bautätigkeit in diesem und dem Vorjahre nicht wahrzunehmen. Im Mai und Juni fehlten im Bezirk Dresden, besonders in den kleinen Städten, rund 300 Maurer, und noch Ende Juni konnten hier noch rund 150 Maurer Arbeit finden. Allerdings gibt es darunter Bezirke, wo ein Fremder, der alles bezahlen muß, nicht hinzubringen ist, weil er mit dem Lohne — teilweise unter 40 S — nicht auskommen kann. Wäre der Februar und März nicht so kalt gewesen, dann würde jetzt ein Mangel an Maurern wohl kaum zu verzeichnen sein. Aber eine Besserung gegen das Vorjahr würde man auch dann noch konstatieren können.

Der Vorsitzende des Gaus Leipzig schreibt: Die Bautätigkeit setzte infolge des langandauernden Winters später ein als in den Vorjahren. Nach einer im Anfang April gehaltenen Umfrage in den Zweigvereinen wurde vielfach auf Arbeitsmangel geklagt, der sich aber am Ende des Monats völlig behoben hatte. In Leipzig wurden bis Mitte Mai über 1200 Maurer mehr eingestellt, so daß am Schlusse des zweiten Quartals 800 Maurer mehr beschäftigt waren, als am Schlusse des ersten Quartals im Vorjahre. Die Zahl der Beschäftigten bleibt aber immer noch um 200 gegen das Jahr 1908 zurück, überholt jedoch alle anderen dazwischenliegenden Jahre. Die auszuführenden Bauten sind in der Hauptstadt Fabriken und Geschäftshäuser, sowie Schulen und Verwaltungsgebäude der Stadt. Die Bauproduktion, die sich sonst mit der Herstellung von Wohnhäusern befaßt, wagt sich trotz des Wohnungsmangels noch nicht recht hervor. Die Beschaffung von Baugeländern ist zwar leichter geworden, jedoch ist die Beschaffung von zweifelhafte Hypotheken immer noch sehr schwierig. Für öffentliche Hypotheken müssen 4½ bis 4¾ pZt. für zweifelhafte Hypotheken 6 pZt. und in etwas abgelegenen Vororten sogar noch mehr aufgewendet werden. Die Herstellung von Wohnhäusern wurde von drei Genossenschaften betrieben, welche etwa 50 Häuser herstellen lassen. Diese Gesellschaften erhalten die Hypotheken von den Landesversicherungsanstalten zu geringen Zinssätzen. Auch Halle und Chemnitz haben eine gute Bautätigkeit, und auch hier herrscht der Mangel an Fabrik- und Geschäftshäusern vor, trotzdem hier ebenfalls eine Wohnungsnot vorhanden ist. In Wittenberg und Plauen ist die Konjunktur noch schwächer als im Vorjahre. Plauen hatte Ende 1908 7 pZt. leerstehende Wohnungen. Schwache Bautätigkeit haben noch die Städte Weiskensfeld, Naumburg, Rochwein und Erdborn. In Burgstädt, Rimbach, Gohenslein, Meerane, Glauchau, Grimnitzau, Merbau, Reib, Neu, Delitzsch, Seidenhitz und Oßatz ist die Bautätigkeit sehr gut. Gleich ist die Bautätigkeit in Wittenfeld, Wargen, Waldheim, Döbeln, Wittweida, Annaberg, Falkenstein und Schleiz. Im allgemeinen kann von einer bedeutend besseren Konjunktur als im Vorjahre gesprochen werden; gelang es doch für 6500 Maurer den Stundenlohn um 8 bis 6 S zu erhöhen. Streiks waren

16 notwendig, wovon 15 innerhalb vier Tagen erledigt wurden, nur einer dauerte 14 Tage. Im ganzen wurden bis jetzt 43 Lohnbewegungen erledigt.

Aus dem Gau Erfurt erhalten wir folgende Mitteilung: Als der diesjährige Winter zu Ende ging, durften auch unsere Kollegen auf neue Arbeitsgelegenheiten hoffen. Immerhin dauerte es bis Anfang April, ehe von einer allgemeinen Aufnahme der Arbeit geredet werden konnte. Die Hoffnung auf Besserung der Arbeitsgelegenheit in diesem Jahre ist im allgemeinen in Erfüllung gegangen. Zieht man zum Vergleich die vierteljährlichen Berichte der Zweigvereine heran, so ergibt sich schon für das erste Quartal eine ganz gute Besserung. Während nämlich 1907 nur drei Zweigvereine die Konjunktur als gut bezeichneten, taten dies in diesem Jahre zwölf Vereine. Inwiefern sich diese Besserung auf den langen Winter und die dadurch völlige Stilllegung der Bauten zurückzuführen läßt, ist wohl schwer anzugeben. Immerhin kann und muß gesagt werden, daß die Besserung gegen das Vorjahr sehr bemerkbar in der Erscheinung getreten ist. Für das zweite Quartal läßt sich leider noch nicht zahlenmäßig nachweisen, inwiefern eine Besserung gegen das zweite Quartal des Vorjahres und gegen das erste Quartal dieses Jahres eingetreten ist. Aber auch ohne diese Zahlen kann gesagt werden, daß eine weitere Besserung und ein langsames Vorwärtsweggehen mit wenigen Ausnahmen im ganzen Gau zu konstatieren ist. In den Orten Eisenach, Erfurt und Gotha ist die Besserung an den mehrbeschäftigten Kollegen zahlenmäßig nachzuweisen, und in den Orten Ilmenau, Coburg, Jena, Mühlhausen, Weida und Neustadt kann von einer recht guten Arbeitsgelegenheit gesprochen werden, denn in all diesen Orten wurden in den letzten Wochen fast fastwährend Maurer gesucht. Die Arbeit selbst ist zum größten Teil privater Natur. Darunter sind teilweise ganz bedeutende Umbauten, ein Zeichen, das man sich auf den kommenden Aufschwung im wirtschaftlichen Leben einrichtet. Auch Erweiterungen für die Industrie sind zu beobachten, so in Jena bei der Firma Reib und in Mühlhausen in der Zelluloseindustrie. Nur in Erfurt spielt der Neubau der Kavalleriekasernen eine Rolle, an dem wohl circa 200 Kollegen Arbeit finden. Man darf annehmen, daß sich in Zukunft die Arbeitsgelegenheit noch bedeutend bessern wird, denn in vielen Städten muß nicht nur vor einer Wohnungsnot, sondern sogar vor einem Wohnungsgeld gesprochen werden. In dem Augenblick, wo das private Kapital dem Baumarkt wieder Vertrauen entgegenbringt, wird dort die Belebung der Bautätigkeit eintreten. Aber auch sonst sind für die kommende Zeit, soweit die Berufsentscheidungen verfolgt werden konnten, eine ganze Reihe Projekte vorhanden, deren Kosten in die Hunderttausende gehen; so z. B. in Arnstadt (Bürgerhalle und Straßenunterführung $\text{A} 800\,000$) in Coburg (Museumsgebäude), in Eisenach (Erweiterung der Gasanstalt $\text{A} 428\,000$) und des Güterbahnhofes $\text{A} 150\,000$), in Erfurt (Neubau des Schlachthaus und Viehhofes $\text{A} 3\,000\,000$, Erweiterungsbau des elektrischen Werkes $\text{A} 180\,000$, des Krankenhauses $\text{A} 214\,000$, Kirche, Pflanz- und Pfarrhaus $\text{A} 80\,000$), in Friedrichroda (Auerkirche $\text{A} 14\,000$), in Gotha (Realschule $\text{A} 640\,000$), in Jena (Oberrealschule), in Langensalza (Schule), in Meiningen (Eisenbahn-Hauptverfäße $\text{A} 100\,000$), in Mühlhausen (Erweiterung des Bahnhofs $\text{A} 600\,000$), in Neustadt a. d. Orla (Umbau des Rathhauses $\text{A} 100\,000$) und in Rudolfsadt (Rathaus).

Der Vorsitzende des Gaus Magdeburg schreibt: Die Arbeitsgelegenheit ist in einigen Orten des Gaus gegenüber dem Vorjahre noch nicht besser geworden, so im Braunschweigischen und in Anhalt. Auf dem platten Lande ist sie nicht ganz so schlecht, aber in den Städten ist die Bautätigkeit sehr minimal. Besonders sind es die größeren Orte Anhalt: Dessau, Verdenburg und Cöthen, in denen die Konjunktur zurzeit viel zu wünschen übrig läßt. Da in den Nachbarbezirken des Gaus Leipzig eine gute Konjunktur zu sein scheint, sind viele unserer anhaltischen Kollegen nach dort abgewandert, so daß von arbeitslosen Kollegen keine Rede ist. Von den auf preussischem Gebiete liegenden Orten ist es besonders Staßfurt, wo die Bautätigkeit sehr zurückgegangen ist. Es ist das darauf zurückzuführen, daß das Kapital nicht seinen Wirkungskreis verlegt hat. Sonst ist die Konjunktur in den auf preussischem Gebiete liegenden Orten gut. In der Altmark ist das durchgängig der Fall; besonders in Stendal ist die Konjunktur glänzend, scheint aber jetzt vorübergehend etwas abzulassen. Von den Harzstädten könnte die Konjunktur in Wernigerode und Hahle besser sein. In Halberstadt und Quedlinburg war sie bis jetzt sehr gut, ebenso ist im Gebiet des Mansfelder Kupfer-Bergbaues von Seiffen bis Eisleben eine lebhaftige Bautätigkeit zu verzeichnen. Auch im Hauptort des Gaus, in Magdeburg, ist die Konjunktur eine gute. Nach den amtlichen Nachweisungen des statistischen Amtes betrug die Zahl der in den ersten fünf Monaten der letzten drei Jahre genehmigten Bauten: Im Jahre 1907: 594, 1908: 634, 1909: 676. Davon waren Wohnhäuser: Im Jahre 1907: 60, 1908: 83, 1909: 73; öffentliche Gebäude und Gebäude für gemeinliche Zwecke: Im Jahre 1907: 81, 1908: 88, 1909: 90. Die übrigen Gebäude sind: Im Jahre 1907: 62, 1908: 63, 1909: 69. Aus diesen Zahlen geht hervor, daß die Konjunktur in diesem Jahre wesentlich günstiger ist als im Vorjahre. Noch besser läßt sich diese Tatsache illustrieren, wenn die Zahlen der Ortstramantassen der Maurer, Bauarbeiter und Zimmerer zum Vergleich herangezogen werden. Danach betrug die Zahl der Vericherten in den ersten fünf Monaten der letzten drei Jahre: 1907: 10 896, 1908: 9036, 1909: 11 291.

Aus dem Gau Berlin wird geschrieben: Infolge der Witterungsverhältnisse ruhte die Bautätigkeit im ersten Quartal vollständig. Mit Beginn des zweiten Quartals setzte die Arbeitsgelegenheit dann mit wenigen Ausnahmen im ganzen Gau besser ein als um die gleiche Zeit des Vorjahres. Es machte sich allgemein eine Belebung der Bautätigkeit nicht allein in den ländlichen Bezirken, sondern weit stärker als 1908 auch in den Städten bemerkbar. In

Groß-Berlin ist nicht allein die Zahl der in Angriff genommenen Bauten, sondern auch die Zahl der beschäftigten Kollegen gestiegen. Nach der Feststellung der Organisationsleitung betrug die Zahl der beschäftigten Maurer im Juli 1908: 9214, im April 1909 stieg die Zahl auf 9500 und Ende Juni 1909 auf 13 000. Die Arbeiter hatten eine gute Konjunktur. Die Zahl der Beschäftigten lag im 1908 in der gleichen Zeit des Vorjahres auf 3000 im Juni d. J. gestiegen. Nur in der Zementbranche ist eine gabelmächtige Besserung nicht zu verzeichnen; das ist aber darauf zurückzuführen, daß in dieser Branche auch in der schlechtesten Zeit noch immer eine mittelmäßige Arbeitsgelegenheit vorhanden war. Aus 10 ländlichen und 17 ländlichen Bezirken aus der weiteren Umgebung von Berlin, aus den Kreisen Teltow, Beestow, Storkow, Ober- und Niederbarnim wird eine gut mittelmäßige Konjunktur gemeldet, aus der sich besonders Spandau, Mowawes, Fürstenwalde, Storkow und Trebbin hervorheben. Nur in 9 kleinen ländlichen Bezirken ist noch keine Besserung zu verzeichnen. In der Lausitz wird nur in Guben, Züllichau, Sandow und Lübbenau über ungenügende Bautätigkeit geklagt. Die hier überflüssig gewordenen Arbeitskräfte konnten aber in den Nachbarorten durchweg Beschäftigung finden. Besonders im Industriebezirk Cottbus, Forst, Spremberg, Senftenberg, Rodwitz, Salzgast war infolge jählicher industrieller und auch privater Bautätigkeit ständig Nachfrage nach Maurern vorhanden. Selbst in den rein ländlichen Bezirken: Oderbruch, Neumark, Uckermark, Medienwalde, Riegnitz, Havelländer und Lüdowalder-Baumgarten, Weizig, wo fast gar keine größere Industrie vorhanden ist, ist eine weitere Belebung der Bautätigkeit zu bemerken. Von den dort in Frage kommenden 88 Wohnbezirken haben uns 26 eine gute, 45 eine mittelmäßige und nur 12 eine schlechte Arbeitsgelegenheit gemeldet. Im einzelnen ergibt sich, daß durch den Bau des Großschiffahrtsweges, elektrischer Ueberlandzentralen, Kommunal-, Staats- und Wirtschaftsbauten in den beschriebenen Orten (Angermünde, Schwedt, Eberswalde, Cegemühle, Landsberg, Templin, Joachimsthal, Perleberg, Rixdorf, Lüdowalder usw.) für unser Kollegen vollauf Beschäftigung vorhanden war. Um einen Ueberblick über die allgemeine Situation im Gau zu bekommen und nebenbei auch einen Gradmesser zu haben, inwiefern die persönlich von uns gemachten Wahrscheinungen zutreffen, sind an 175 Vereine Fragebogen über die Bautätigkeit versandt worden. 166 Vereine haben die Bogen rechtzeitig eingeleistet. Das Resultat ist, daß in 49 Vereinen die Bautätigkeit des ersten Halbjahres als gut, in 88 als mittelmäßig und in 29 als schlecht bezeichnet werden kann. Wenn demnach auch das Gesamtbild noch keineswegs ein allgemein gutes zu nennen ist, so ist doch immerhin eine wesentliche Besserung gegen die gleiche Zeit im Vorjahre eingetreten. Und, was noch viel wertvoller ist: es machen sich überall Anzeichen bemerkbar, die auf einen weiteren Aufschwung im nächsten Halbjahr schließen lassen.

Der Vorsitzende des Gaus Lübeck schreibt: Wenn wir in diesem Jahre einen Bericht über die Bautätigkeit geben, so mit ganz anderen Gefühlen, als im vorigen Jahre. Nicht etwa, daß man sagen könnte, die Krise sei vollständig überwunden, aber eine ganz bedeutende Besserung ist dem doch zu verzeichnen. Während im zweiten Quartal des vorigen Jahres nur zwölf Wohngebiete mit guter, 24 mit mittelmäßiger und 25 Wohngebiete mit schlechter Konjunktur zu verzeichnen hatten, haben wir in diesem Jahre nur vier Wohngebiete mit schlechter, neun mit mittelmäßiger und 49 mit durchgehend guter Konjunktur zu verzeichnen. Eine ganz besonders lebhaftige Bautätigkeit finden wir im ganzen Kreise Oldenburg, dem Fürstentum Lübeck und den meisten Kleinstädten Mecklenburgs. In einer ganzen Anzahl Kleinstädte mit ihrem ausgedehnten Landgebiet machte sich bereits nach Ostern eine ziemlich starke Nachfrage nach Maurern bemerkbar, so u. a. in Oldenburg, Riegershagen, Ahrenshoop, Gabelburg, Riegershagen, Ahrenshoop, Stadenhagen, Döbetan, Schwaan, Neubufow, Stadenhagen. Im vorigen Jahre hatten wir in keinem Ort Nachfrage nach Maurern. Voraussetzungen für die gute Konjunktur eine dauernde sein. In Lübeck, dem Hauptort des Gaus, hatte es im Frühjahr auch den Anschein, als wenn sich die Bautätigkeit zu einer guten entwickeln würde. Leider ist dies bis jetzt nicht eingetroffen. Der Mangel des Werkstoffes Seltan- und Lüdman, von dem auch eine Anzahl Interessenten des Baugewerbes betroffen worden sein dürften, hat wohl zum Teil daran Schuld. Außerdem ist die Industrie nur recht schwach beschäftigt und der Außenhandel noch sehr klein. Das statistische Amt hatte im Oktober vorigen Jahres festgestellt, daß von 24 292 Wohnungen nur 299 oder 1,23 pZt. leer standen. Wenn man dieses Ergebnis mit den früheren Erhebungen in Vergleich zieht, so ergibt sich, daß die Zahl der leerstehenden Wohnungen innerhalb der letzten fünf Jahre ständig abgenommen hat, so daß heute ein Wohnungsmangel besteht. Es fanden Wohnungen leer: 1904: 875 = 3,59 pZt., 1905: 827 = 3,00 pZt., 1906: 590 = 2,56 pZt., 1907: 474 = 1,95 pZt., 1908: 299 = 1,23 pZt. Wenn man 8 pZt. leerstehende Wohnungen als normal annimmt, so ist die Leerheit schon fast drei Jahren nicht mehr vorhanden und ist heute bereits bis unter die Hälfte gesunken. In der Vorstadt St. Lorenz mit ihrer Industrie und dem überaus reichen Verkehr ist die Prozentzahl sogar nur 0,49. Unter diesen Umständen ist es kein Wunder, daß die Mietpreise ungeheuer hoch sind und doch kaum eine Wohnung aufzutreiben ist. Im feilbarsten ist der Mangel an kleinen und mittleren Wohnungen. Nachdem die Finanzreform unter Dach und Fach gebracht ist, ist zu erwarten, daß die Bautätigkeit eine lebhaftere wird. Von den in Aussicht genommenen größeren ländlichen Bauten ist bis jetzt nur die Zentral-Irrenanstalt in Angriff genommen. Damit dürfte es in diesem Jahre auch hier Behenden haben. Die Nachfrage nach Maurern war von einer vorübergehenden. In Rostock, der größten Stadt Mecklenburgs, sieht es noch trauriger aus, weil dort alles daniederliegt. Die Schiffswerft, die bei einem einigermaßen guten Geschäftsgang bis zu 1800 Menschen beschäftigt, beschäftigt sich zurzeit mit circa 600 Arbeitern. Der Ueberfluß an Wohnungen ist ein ziemlich großer. Einige größere ländliche Bauprojekte

zußen noch immer im Schoße der beratenden Körperschaft. In Sibirien ist die Konjunktur noch nicht besser als in den beiden verflochtenen Jahren. Ein ziemlich hoher Prozentsatz der dortigen Kollegen hat sich auch in diesem Jahre in der Umgegend Arbeit suchen müssen. So dürfte es auch noch in nächsten Jahre sein, da in dieser Beziehung die Industrie fast gänzlich fehlt. In Sibirien war zu weit die Kollegen in Arbeit sind, ist damit zu rechnen, daß zum Herbst eine ganz bedeutende Abflawung eintritt. Etwas besser ist es in Wismar bestellt. Die vorherrschende mittelmäßige Konjunktur dürfte dort anhalten. Alles in allem könnte also die Konjunktur im Gau bedeutend besser sein. Wir sind aber zunächst zufrieden und hegen die bestimmte Erwartung, daß im nächsten Jahre das Ergebnis ein noch besseres ist.

Der Vorsteher des Gaus Hannover berichtet: Wir haben eine aufsteigende Konjunktur. Allen Orten voran sind in Hannover selbst die Verhältnisse gegenüber dem Vorjahre wesentlich besser geworden. Zwar die Härte des Winters mußten die Hannoveraner Kollegen ebenso durchleben, wie die Kollegen anderer Orte, aber als der Winter abwich nahm, bot sich Arbeitsgelegenheit in Hülle und Fülle, so daß fortwährend Mangel an Maurern herrschte. In allen Ecken und Enden wurde gebaut: im Winterherbst, im Innern der Stadt, in der Südküste, in Kleefeld und in den angelegenen Vororten. 95 Prozent der Bauten sind Wohnbauten, deren Fortgang durch eine Unterdagezeit unterbrochen wird. Da alle Wohngebäude am 1. Oktober bezugsfertig sein müßten, begreife man die Befürchtung, an einem bestimmten Zeitpunkt würde das Gros der Maurer arbeitslos sein. Aber auch das ist in dem erwarteten Umfang nicht eingetroffen, da inzwischen durch den Beginn anderer Arbeiten die arbeitslos werdenden Kollegen wieder Arbeit fanden. Auch in dem weiter entfernt liegenden Landgebiete herrscht eine ziemlich lebhafte Bautätigkeit. So sieht man bei Waringen auf dem Gelände der Kirchhofsgräber Genossenschaft fünf neue Häuser fast unter Dach und Fach stehen. Auch das abgebrannte Forsthaus in Waringen ist wieder neu gebaut. Nur auf industriellen Gebieten ist die Bautätigkeit in Hannover gegen frühere Jahre mangelhaft, und auch Stadt und Staat lassen wenig bauen. Die Erweiterungsbauten am Bahnhof schreiten im Schneidentempo weiter. Die Erhöhung der Bahnsteige nach Lehrte und Bunsdorf und die Herstellung der beiden Bahnhöfe Kleefeld und Gambold scheinen auf die lange Bahn gegeben zu sein. Dagegen ist der Bahnhof Wismarstraße bereits vergeben, und es dürfte dort in kurzem eine rege Bautätigkeit einsetzen. Was der Bautätigkeit in diesem Jahre ein besonders gutes Gesicht verleiht, ist die Stetigkeit und das dauernd anhaltende derselben. In Kleefeld ist die Bautätigkeit als gut zu bezeichnen. Sie dürfte, wenn erst eine Erholung in der Industrie eintritt, die äußerste gut werden. Hauptächlich ist es der Wohnbau, der dem Wille das Gesicht verleiht. Aber auch Stadt und Staat helfen in bescheidenem Maße das Bauwesen lebendiger gestalten. Die geringe Zahl leerstehender Wohnungen bedingt geradezu eine lebhaftere Bautätigkeit. Im Jahre 1905 waren leerstehende Wohnungen: 272, 1906 111, 1907 226 und 1908 218. Das sind für das Jahr 1908 1,31 pSt. Auch in Uetersen wird außerordentlich viel gebaut. In Braunschweig macht sich ebenfalls eine Wendung zum Besseren bemerkbar. Allein an städtischen Bauten werden ausgeführt: ein Archib. und Bibliothekgebäude (Gesamtkosten M 175 000), ein Ergänzungsbau für unruhige und gelähmte Kranke (M 273 750), Bauten auf dem Armenhausgrundstück, Goslarstraße (M 38 865), Errichtung von Seifensälen, Leichen- und Disinfektionsräumen (M 31 000), Erweiterung der Bürgerkassine in der Reichstraße (M 193 850), Instandsetzung der St. Andreaskirche (M 66 010), Erweiterung der Bürgerkassine an Seidestraße (M 33 000), Umbau am Feuerwehrgelände (M 34 650), Anlage einer Fußbodenanstalt für das weibliche Geschlecht (M 48 000). Weiter werden 18 Wohnhäuser, Katernenstraße, ein Gebäude für die Handwerkskammer, zwei Warenhäuser, und damit die guten Braunschweiger an ihrem Seelenheil keinen Schaden leiden, auch noch eine Kirche errichtet. Woran es immer noch stark kopiert, ist der Wohnbau. Nach der letzten Zählung (31. Oktober 1908) standen insgesamt 461 = 1,36 pSt. der gesamten Wohnungen leer, was für die Hausgarkarie vielleicht ganz angenehm, für die Wohnungssucher aber desto unangenehmer ist. In Sildesheim herrscht eine äußerst gute Konjunktur, so daß der Bedarf an Maurern längst nicht entfällt. Auch das nachgelagerte Sarstedt hat eine Bautätigkeit wie nie zuvor, so daß dort 100- und mehr wandernde Kollegen in diesem Frühjahr und Sommer gute Arbeitsgelegenheit fanden. Nicht ganz so günstig ist die Konjunktur in der Umgegend: Nordstemmen, Elze und Gronau, aber immerhin war auch dort die Bautätigkeit eine befriedigende. Salzdorf und Klingelheim weisen dagegen eine gute Bautätigkeit auf. In Göttingen wird in diesem Jahre außerordentlich viel gebaut. Mehr als 50 Neubauten werden dort ausgeführt. Auch in Minden herrscht eine flotte Bautätigkeit, und in Northem ist sie befriedigend. In Einbeck geben der Bau eines Stadthaus, der Post, des Elektrizitätswerkes sowie Privatbauten gute Beschäftigung. In den Garzgebieten, umfaßend die Zweigbereiche Greene, Seelen, Gr. Mülden, Garaburg und Lauterberg, ist die Bautätigkeit nicht gerade befriedigend, immerhin aber besser als im Vorjahre. Angelegen für eine weitere Besserung sind vorhanden. Sehr schlecht ist die Konjunktur ausgetrieben in Lampertshausen und Garaburg. Dagegen ist in Goslar außerordentlich gut, so daß dort ein hoher Prozentsatz von fremden Kollegen beschäftigt werden kann. Auch weiter hinunter bis nach Braunschweig ist allerorts eine sehr gute Bautätigkeit zu verzeichnen. Außerst gut ist auch die Bautätigkeit in Aller Wehr. In Al. Hehlen ist in der Nähe der Weingartenstraße eine ganze Kolonie entstanden. Der fortgesetzte Zugang von Bauarbeitern hat viele Grundbesitzer zum Bau von mittleren Häusern veranlaßt. Des weitern ist eine Schule und eine Kirche in der Ausführung begriffen. Die Deutsche Mineralölindustrie in Wiehe hat unlängst mit dem Bau von 66 Arbeiterwohnhäusern für die Arbeiter ihrer Gesellschaft begonnen. Die Gesellschaft hat die Arbeit, die einzelnen Gebäude mit entsprechender Landbeigabe ihren Arbeitern als Arbeiter-

rentengüter zu überlassen. Auch durch die Aller-Meuerung werden viele Menschenhände in Tätigkeit gesetzt. Im hannoverschen Zweigereinsgebiet ist gegenüber früheren Jahren die Bautätigkeit eine bessere geworden, aber immerhin noch nicht so, daß sie als gut bezeichnet werden kann. Angelegen für eine weitere Besserung sind aber auch hier vorhanden. In Eichershausen ist sehr wenig zu tun, dagegen sind die Verhältnisse in Golmünden und Stadthofendorf günstiger. In Elmstedt und Königslutter ist eine gute Bautätigkeit. Allerdings sind in letzterem Orte drei Viertel der Mitglieder darauf angewiesen, auf dem Lande zu arbeiten. In Schöningen, das eine äußerst gute Bautätigkeit hat, wäre es leicht gewesen, den Unternehmern einige Pfennige Lohnverhöhung abzutrotzen, wenn die Kollegen nicht zum großen Teil elende Schlafmützen wären. Auch in Wolfenbüttel ist die Bautätigkeit als gut zu bezeichnen. Dagegen war sie in Peine das ganze Frühjahr hindurch äußerst schlecht, so daß ein Teil Kollegen gezwungen war, sich außerhalb nach Arbeitsgelegenheit umzusehen. Jetzt ist die Konjunktur eine dezent gute, daß bald ein Mangel an Maurern eintritt. Auch die Bautätigkeit in Lehrte ist als gut und die in Burgdorf als sehr gut zu bezeichnen. In Detmold war auf dem Gebiet des Wohnbaues ein ziemlich stillstand eingetreten. Nach und nach wird es wieder etwas reger, da die durch die Spekulationskurve in den neunziger Jahren über den Bedarf hergestellten Wohnungen nach und nach abnehmer gefunden haben. In dem fast in der Entwicklung begriffenen Bad Salzgulen herrschte eine geradezu wilde Bautätigkeit. Auch in Verford ist die Bautätigkeit eine äußerst gute. In Minden, wo bis in den Sommer hinein die Bautätigkeit eine äußerst bescheidene war, ist in den letzten Wochen eine wesentliche Besserung eingetreten, die sich in den nächsten Wochen in einem Mangel an Maurern bemerkbar machen wird. In Wüdeburg ist das Bild noch ein etwas besseres. Gingen wird in Deynhause und Stadthagen nur wenig gebaut, aber auch dort, sind Zeichen für eine wesentliche Besserung vorhanden.

Aus dem Gau Bremen wird berichtet: Die erhoffte Besserung der Bautätigkeit ist in den größeren und mittleren Orten uners Gaus nicht eingetreten. Auf dem platten Lande war dagegen groß in diesem Frühjahr die Nachfrage nach Arbeitskräften groß, vornehmlich im Großherzogtum Oldenburg und in einem Teil der Provinz Hannover. In Bremen weicht die Bautätigkeit nicht viel von der des Vorjahres ab. Bei der letzten Aufnahme der Bautenstatistik wurden 204 Neu- und Umbauten gezählt, unter denen acht Kommunal- und zwei Staatsbauten waren. In Bremen erhoben (Unterwesertore) war die Bautätigkeit im ersten Quartal 1909 schlechter als im gleichen Quartal 1908. Dagegen wies das zweite Quartal 1909 gegen das zweite Quartal des Vorjahres eine Besserung auf. Im ersten Quartal 1909 wurden 22 Neubauten, im zweiten Quartal 58 Neu- und Umbauten gezählt. Im öffentlichen Gebäuden wurden ausgeführt: in Geestemünde eine Fischhalle und ein Handelstasernerneuerung, in Bremerhaven eine sechsunddreißigstellige Volksküche und das Bezirkskommando, sowie drei Schuppenneubauten am Kaiserhafen, in Lesse ein Kranbauhausneubau und eine Werkstatte. In Delmenhorst hat sich die Bautätigkeit gegenüber 1908 etwas verbessert. Im ersten Halbjahr 1908 wurden neben 2 Kommunalbauten und 12 Privatbauten, in demselben Zeitraum dieses Jahres dagegen 2 Kommunalbauten und 50 Privatbauten ausgeführt. In Emden sieht es mit der Arbeitsgelegenheit nach wie vor traurig aus. Deshalb ist es auch nicht wunderbar, daß das Unternehmertum bei der Arbeitsvermittlung gegen unsre Kollegen so rigoros vorgeht, daß diese schließlich zur Sperrung des Nachweises schreiten mußten. In Bauten wurden gezählt: im ersten Halbjahr 1908 16 Neu- und 7 Umbauten, 1909 im selben Zeitraum 15 Neu- und 10 Umbauten. In Osnabrück wurden vom Januar bis Mai 1909 64 Neubauten und 32 Umbauten genehmigt, gegen 47 und 39 sowie einigen öffentlichen Bauten im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Eine lebhaftere private Bautätigkeit herrscht in der Stadt Oldenburg. Hier war im ersten Halbjahr dieses wie des vorigen Jahres eine Nachfrage nach Arbeitskräften vorhanden. In Norden war die Bautätigkeit mittelmäßig, während sie sich in Norden durch den Streik 1907/08 etwas lebhafter gestaltete. In Nordenham sind die Arbeitsverhältnisse in diesem Jahre noch schlechter geworden als im Vorjahre. Zahlenmaterial liegt für das Jahr 1908 nicht vor, doch ist aus der Mitgliederbewegung zu ersehen, daß die Bautätigkeit nachgelassen hat. In Wramsche ist die Bautätigkeit besser als im Vorjahre. Im Jahre 1908 wurden sechs Neubauten ausgeführt, in diesem Jahre sind es 17. In Verel werden in diesem Jahre 10 Privatbauten ausgeführt, gegen acht Privatbauten und 5 öffentliche Bauten im Vorjahr. In Verden ist die Konjunktur besser als im Vorjahr, neben 19 Privatbauten wird ein großer Überbergspeicher sowie ein Maschinenschuppen für die Eisenbahn hergestellt. Eine gute Konjunktur ist noch in dem kleinen Ort Ringen vorhanden, wo neben einer guten privaten Bautätigkeit auch der Eisenbahnstütze größere Betriebsverhältnisse auszuführen läßt. Sehr schlecht sieht es in Vegesack aus. Im Zweigereinsgebiet mit seinen 44 Ortschaften wurden am 1. Juni nur 21 Neubauten gezählt, worunter nicht einmal größere Kommunalbauten sind. Das ganze Wirtschaftsleben liegt ziemlich darnieder und an eine Besserung ist vorläufig noch nicht zu denken. Eine bessere Konjunktur hat in Wilshelesbagen eingeleitet, wo die Marineverwaltung in diesem Jahre größere Bauten ausführen läßt. Außerdem wurden eine Schule und 25 größere und kleinere Bauten gezählt. Im großen ganzen kann man die Bautätigkeit als mittelmäßig bezeichnen. Es ist zu hoffen, daß sie in der zweiten Hälfte des Jahres besser wird.

Aus dem Gau Hamburg wird mitgeteilt: Die Bautätigkeit ist im ganzen Gau im allgemeinen als eine gute zu bezeichnen. Das Landgebiet hat ebenso wie in den vorhergehenden Jahren reichliche Arbeitsgelegenheit geboten. Nur in dem medienburgischen Teil des Gaus ist die Bautätigkeit nicht gerade als flott zu bezeichnen. Aber von einem Mangel an Arbeitsgelegenheit kann auch hier nicht die Rede sein. Vor allem ist es wieder der

nördlich von der Eider gelegene Teil von Schleswig-Holstein, in dem sich eine sehr rege Bautätigkeit entfaltete. Auch in Flensburg, der größten Stadt in Schleswig, hat sich die Bautätigkeit gehoben. In manchen Orten war sogar eine starke Nachfrage nach Arbeitskräften. So konnten wir z. B. während des Streiks in Apenrade noch Arbeitskräfte aus andern Streitorten nach der Umgegend von Apenrade dirigieren. In Kiel hat sich die Bautätigkeit immer noch nicht wieder auf die Höhe der Jahre 1905 bis 1907 gehoben. Es ist wohl kaum zu erwarten, daß bald wieder eine solche flotte Periode eintreten wird. Durch diese flotte Periode hat sich allerdings die Zahl der in Kiel anfangigen Kollegen erheblich vermehrt, wodurch nun teilweise Arbeitslosigkeit bei den Kollegen eintritt. Doch als besonders schlecht sind auch die Verhältnisse in Kiel nicht zu bezeichnen. Im Verhältnis zu der Einwohnerzahl ist die Zahl der beschäftigten Maurer nicht als gering zu bezeichnen. Die Stadt Kiel hat circa 180 000 Einwohner; Maurer wurden am Schluß des zweiten Quartals 1909 beschäftigt. In dem zur Provinz Hannover gehörenden Teil des Gaus ist im Durchschnitt ebenfalls eine gute Arbeitsgelegenheit vorhanden, besonders in Uelzen. Dagegen läßt in Lüneburg die Bautätigkeit zu wünschen übrig. In Hamburg-Altona und Umgegend wird sehr viel gebaut, so daß es unverständlich ist, weshalb es die Unternehmer auf einen schweren Kampf haben antommen lassen. Dabei waren unsere Hamburger Kollegen sehr bescheiden, denn sie forderten trotz der günstigen Konjunktur nicht einmal die Verfüzung der Arbeitszeit. Im Jahre 1906 hatten wir in Hamburg eine außerordentlich gute Bautätigkeit, in diesem Jahre ist die Zahl der Bauobjekte noch größer als in dem genannten Jahre. Alles in allem können wir sagen, daß wir im Gau Hamburg von der wirtschaftlichen Krise, unter der diesmal auch das Baugewerbe besonders schwer leiden mußte, wenig oder gar nichts abgenommen haben.

Die moralische Beurteilung des Streifbrechers.

III.

Zu verwundern und zu bedauern ist es, daß es heutzutage noch Arbeiter gibt, die auf ihre Kraft pochend, so verblendet sind, sich von ihren Kollegen zu trennen und dadurch die Geschäfte des Unternehmertums zu besorgen. Wer heute noch an die liberalen Maximen von dem freien Arbeitsvertrage glaubt, der beweist damit nur, daß es ihm an einem Einblick in das Getriebe des Wirtschaftens mangelt. Gewinnt er diesen Einblick — und dies kann auf die Dauer nicht ausbleiben —, so verflüchtigen sich allmählich die nebelhaften Vorstellungen von einem Freizeit, die vor der brutalen Wirklichkeit des Lebens nicht standhält, und der Eingänge und Eigenbröckler lernt, daß es werthvoller und verdienstvoller ist, in Reich und Elend mit seinen Kollegen zu stehen, als wie ein verirrtes Schaf umherzuirren. In Wirklichkeit läßt ja eine Organisation nicht die Tatkraft und Willensfreiheit ihrer Mitglieder, indem sie dieselben zu einer „Gammelherde“ macht; durch das Zusammenwirken vieler gleichgeinnter und gleichstrebender Genossen wachsen vielmehr dem Individuum die Flügel und es bildet sich zu einer starken, in sich selbst gefesterten Persönlichkeit aus. Oder wer möchte leugnen wollen, daß ein Arbeiter, der eine starke Gewerkschaft hinter sich hat, viel selbstbewußter und freier seinem Ausbeuter gegenübertritt, als es einem Unorganisierten jemals möglich ist? Die Erkenntnis, daß der Beitritt zu einer Gewerkschaft und die opferfreudige Arbeit in derselben für einen modernen Arbeiter nicht nur eine wirtschaftliche Notwendigkeit, sondern auch eine sozialistische Pflicht ist, bricht sich immer mehr Bahn und wird ohne jeden Zweifel die Stirn die Freiheit schwärmenden Streifbrecher mit Stumpf und Stiel austrotzen. Augenscheinlich werden sie schon immer weniger, und bei näherem Zusehen bemerkt man, daß diese von der Unternehmerpresse vergötterten Selben in der einen oder andern Beziehung „nicht rein an den Gräten“ sind.

Endlich kommen wir zur vierten Gruppe, den Streifbrechern aus Not. Diese Leute werden von den Unternehmernproben ins Feld geführt, wenn es gilt, auf das Mittel und die Krämenbrüsen der bourgeoisen Arbeiter und Arbeiterinnen zu wirken. In beweglichen Worten schildern die Zeitungen das Glend einer Familie, deren Ernährer infolge „Aufwieglung und Verführung“ in den Streik getreten und infolgedessen nun nicht mehr in der Lage ist, das gewohnte Hausstandsgeld heimzubringen. In einem solchen Arbeiterheim ist Schmalhans Mühenmeister, die Not greift aus allen Ecken und Winkeln, die Hausfrau sitzt verzagt und weinend am kalten Herde, während die Kinder zerlumpt und hungernd umherzieren. Jetzt entsetzt ein Seelenkonflikt in dem Herzen des Mannes: auf der einen Seite rufen ihm seine streikenden Kollegen zu: „Halte fest an der Fahne, halte treu Dein Vorgesetzten!“ auf der andern Seite jammern Frau und Kinder nach Brot; da wirft sich denn die Frage auf: Soll ich Schulter an Schulter mit den Genossen stehen oder soll ich im Interesse von Frau und Kindern von ihnen abfallen und ihrer Sache untreu werden? Hunger oder Verrat? Ja

stellt sich die Frage. Kann man es unter diesen Umständen einem Arbeiter verdenken, wenn er nicht soviel Heroismus besitzt, diese Frage im Sinne der Solidarität und der Gesinnung zu beantworten, sondern schwach wird und die gute Sache verrät?

Wir werfen keinen Stein auf einen solchen Abtrünnigen, empfinden vielmehr innigste Mitleid mit dem gesunkenen Kollegen. Das darf uns natürlich nicht abhalten, auch in diesem Falle den Kreuzbruch selbst vom wirtschaftlichen und sozialistischen Standpunkte aus aufs schärfste zu beurteilen. Der Streibredner aus Rot ist und bleibt ein Ueberläufer, der die Partei des Feindes ergreift und die Sache seiner früheren Genossen schädigt; vielleicht ist er es gerade, der durch sein schlechtes Beispiel einen Streik zum Scheitern bringt und alle gebrachten Opfer illusorisch macht. Und was die ethische Seite der Frage angeht, so stimmen wir hierin dem Professor Ziegler bei, wenn er in seinem Werte: „Die soziale Frage eine sittliche Frage“ sagt: „Den Widerstreit zwischen dem Einzelnen und dem Ganzen, zwischen der Sittlichkeit und dem Glück kann kein Gott und kein Mensch jemals schlichten oder aus der Welt schaffen. Nach dem Glück langen und greifen ist das Recht des Individuums; auf das Glück verzichten können zugunsten anderer, das heißt sozial, heißt heißt sozial sein. Fraglos und freudig sich in den Dienst des Ganzen stellen, indem man sein individuelles Leben im Rahmen dieses Ganzen hebt und in seinem Verufe tüchtig und treu ist, damit wird auch am besten von jedem für sich selbst gesorgt. Vom Dienste des Ganzen sich loslösen und ohne Rücksicht darauf nur sich selbst durchsetzen wollen, das heißt egoistisch, das heißt böse sein.“ Uebrigens beschriften wir der kapitalistisch verfaulenden Presse jedes Recht, über derartige Konflikte zu urteilen: ihr Jammern über die Not des streikenden Arbeiters steht im grellen Widerspruch zu der Gleichgültigkeit gegen das sonstige Elend des Arbeiters. Wenn der Arbeiter wochenlang arbeitslos ist und vergebens von Arbeitsstätte zu Arbeitsstätte irrt, so kümmert sich diese Presse nicht darum; wenn ein Kapitalist Hunderte und Tausende von Arbeitern ausperlt und aufs Pflaster wirft, so klafft sie diesem Helmschindl Weisheit; nur wenn die Familie eines streikenden Arbeiters Not leidet, dann vergießt sie Protokollstränen. Sollte vielleicht Schiller diese Zeitungsschreiber gemeint haben, als er seinen Karl Moor reden läßt: „Fallen in Dymnast, wenn sie eine Gans bluten sehen und klatschen in die Hände, wenn ihr Nebenbuhler bankrott von der Wölfe geht!“

Und dann — beiläufig bemerkt — wie beträgt sich dies Lamentieren über die Not des streikenden Arbeiters mit ihrem sonstigen Schimpfen über die „arbeitscheuen Streikbrüder“, die von den „Streikgrößen ein herrliches Leben führen“. Bald zeigen die Unternehmerzeitungen dem gläubigen Publikum das eine Bild, bald das andre, wie es gerade in ihren Kram paßt. Uns kann das übrigens einerlei sein, wir wissen, daß das Streiken für die Arbeiter weder ein Vergnügen ist, noch auch diejenige Not im Gefolge hat, von der die Unternehmerpresse fabelt. Die üblen Folgen des Streiks werden immer geringer, je stärker die Arbeiterorganisationen werden. Wenn die sogenannten wilden Streiks erst verschwinden, die planlos, ohne Geldmittel und ohne Kenntnis der wirtschaftlichen Lage unternommen werden; wenn erst eine gefüllte Gewerkschaftskasse jeden Streikenden durch ausreichende Unterstützung vor Not und Hunger schützt, und wenn drittens jeder Streik zur rechten Zeit begonnen und auch zur rechten Zeit beendet wird, dann wird auch endlich der letzte Streikbrecher aus Rot von der Bildfläche verschwinden.

Aufklärung über die wirtschaftlichen Verhältnisse und Erziehung zum sozialen Pflichtgefühl, Förderung des Organisationsbedürfnisses und Waden des Geistes der Solidarität in den Arbeitermassen, Benutzung der jeweiligen Konjunktur des Wirtschaftslebens und tatkräftiges Eingreifen am richtigen Orte und zur richtigen Zeit — das sind die Waffen, womit wir — allen Mitteln und Staatsanwälten zum Trotz — den Vernichtungskampf gegen das Streikbrechertum führen.

Siebter Kongress der Christlichen Gewerkschaften.

Die Christlichen Gewerkschaften halten ihre Kongresse nicht in regelmäßigen Zwischenräumen ab. Der erste fand statt in Mainz im Jahre 1899, der zweite in Frankfurt am Main 1900, der dritte in Grefeld 1901, der vierte in München 1902, die beiden nächsten, in Essen und München, folgten in zweijährigen Zwischenräumen (1904 und 1906). Für die Abhaltung des jetzigen lag im Grunde recht wenig Veranlassung vor. Die Tagesordnung war bis auf einen Punkt — Stellungnahme zur Reichsversicherungsordnung — recht bedeutungslos; die Referate konnten weder durch den Gegenstand, noch durch die Form auf besondere Beachtung Anspruch machen. Dennoch war diesmal in ultramontanen

und christlich-sozialen Parteiblättern, in der christlichen Arbeiter- und Gewerkschaftspresse mit reichlichem Raum auf den in Köln abzuhaltenden Kongress hingewiesen worden, als auf eine Art Jubiläumsvorankündigung. Von Mainz bis Köln waren die Artikel überschrieben, in denen man mit ungebührlicher Uebertreibung die Erfolge hervorhob, die die christlichen Gewerkschaften in zehnjähriger Arbeit errungen haben wollten, wobei man selbstverständlich verschwiegen, wie gering die wirklichen Erfolge der christlichen Gewerkschaften im Vergleich zu den Erfolgen der sozialistischen Organisationen und namentlich auch im Vergleich zu den Erfolgen sind, die die christlichen Gewerkschaften anfangs erhofft hatten. Weiß man doch, daß sie stark damit rechneten, in kurzer Zeit die Massenbewegten Arbeiterorganisationen zu erreichen und bald auch überstufen zu haben, dann den Ton anzugeben in der gesamten Arbeiterbewegung, diese mit guter Festimmung und nationalem Geiste zu erfüllen, und so die Sozialdemokratie zu überwinden und das Vaterland vor dem Umsturz zu retten. Von alledem ist nun nichts eingetroffen und die Christlichen hätten, wenn sie das Erreichte an dem Erhofften messen, recht wenig Grund zum Jubilieren gehabt, aber sie sind bekanntlich genügamem Gemüts und geraten auch in Festimmung, wenn es sich nur um recht winzige Erfolge handelt. So war es in Köln, wo der diesjährige Kongress der christlichen Gewerkschaften abgehalten wurde. Es waren dort — wie der Vorstehende vom Ausschusse des Gesamtverbandes, Abg. Schiffer, verkündete — viele „Liebe Freunde und hohe Gäste“ anwesend: vom Reichsamt des Innern Geheimrat Wiefel, von der Kölner Regierung Geheimrat Kelling, von der Stadt Köln Beigeordneter Fruch, vom katholischen Volksverein Dr. Brauns, von den evangelischen Arbeitervereinen Eigenität Weber, von der Gesellschaft für soziale Reform Minister Beckers ufm. Sie alle priesen die christlichen Gewerkschaften als die Inhaber guter Staatsverfassender Gesinnung und die Wähler des sozialen Friedens — wie das so üblich ist bei derartigen Gelegenheiten, wo die schönen Worte um so reichlicher fließen, je weniger sie verpflichtend sind.

Der Bericht des Generalsekretärs Stegerwald über das abgelaufene Geschäftsjahr verdient einige Beachtung durch die Ausführungen, die er über das Verhältnis der christlichen Arbeiterabgeordneten zu den christlichen Gewerkschaften machte. Er sagte: „Es ist klar, daß unsre Kollegen, wenn sie in das Parlament gewählt werden, im Geiste und Sinne unsrer Bewegung tätig sein sollen. Aber sie werden häufig nicht durchgehen können, was sie selbst und wir wünschen. Dann erwachen Schwierigkeiten in den Parteien selbst, in den Mehrheitsbildungen. Sind die Kollegen einzig in der eignen Fraktion, dann kommen Schwierigkeiten mit andern Parteien. So ist die Parlamentsarbeit der Kollegen nicht leicht. Ich würde nicht die nächsten Jahre ins Parlament nach Berlin gehen, auch nicht, wenn man 50 000 Diäten gasten wollte. Ich habe in den letzten Wochen einen ganzen Abscheu vor der Politik bekommen. Dann gibt es oft in den politischen Parteien Fragen, die für die Partei außerordentlich wichtig und grundföhllich sind. Da entsteht oft die Frage, ob mein Klassenempfinden den Ausschlag zu geben hat oder höhere ideale Gründe. Und dann die Konstellationen, wo Schlechtes in Kauf genommen werden muß, um Schlechteres zu verbüßen. ... Wir haben weiter zu berücksichtigen, daß wir als Arbeiterbewegung nicht die extreme Massenbewegung sind, wie die Sozialdemokratie sie darstellt. So ergeben sich tatsächlich für unschöne christliche Gewerkschaften in den Parlamenten kritische Situationen. Wenn in allen Fragen, die das Klassenempfinden der Arbeiter betreffen, Arbeiterabgeordnete immer ihren eigenen Weg gehen wollten, dann würde keine Partei uns Abgeordneten sitzen einräumen. Trotzdem kann es Situationen geben, bei denen die bürgerlichen Parteien gestatten müssen, daß ihre Arbeiterabgeordneten gegen die eigne Fraktion stimmen. Wir dürfen aber auch nicht Alltagsfragen zu solchen Fragen machen, wo unsre Arbeiterabgeordneten, getrennt von ihren Fraktionen stimmen. Ich habe viele schwierigen Situationen gezeichnet, um zu zeigen, daß, wenn einmal ein Kollege aus unserm Kreise anders stimmt, als es dem Klassenempfinden der Arbeiter im Rande zusetzt, das noch kein Unfall ist, zu wahren, als ob diese Kollegen ihre proletarische Vergangenheit vergessen hätten.“

Das war die Bitte um Generalpardon für die würdigen „Arbeitervertreter“ vom Schläge der Giesberts, Schiffer und Genossen, die soeben als Mitglieder der Zentrumsfraktion, der führenden Partei des Schnapsbundes, der Arbeiterklasse Deutschlands einige Hundert Millionen Mark neuer Steuern auferlegt hatten. Warum? Die Antwort liegt in den Worten des vorstehenden Absatzes, die durch den Druck hervorgehoben sind: Es gibt in den politischen Parteien Fragen von außerordentlicher und grundföhllicher Bedeutung, und da müssen die höheren idealen Gründe den Ausschlag geben über das Klassenempfinden der Arbeiterabgeordneten! Die Frage von „außerordentlicher“ und „grundföhllicher“ Bedeutung war diesmal, ob das Zentrum wieder in seine Stellung als ausschlaggebende, als regierende Partei ge-

langen solle. Wenn dieses Ziel nun durch die Ausplünderung des arbeitenden Volkes zu erreichen war, so hatte der „höheren idealen Gründe“ wegen das „Klassenempfinden“ der christlichen Arbeiterabgeordneten zu schweigen; die Herren Giesberts, Schiffer und Genossen mußten, um der Zentrumsbourgeoisie und ihren Sprößlingen den Zugang zur Staatskassette zu ebnen, ihre Klassenengenossen verraten. Dieses Bekenntnis scheint uns das wichtigste Ergebnis des Kölner Kongresses der christlichen Gewerkschaften zu sein; dieses Bekenntnis enthielt die völlige Ungeeignetheit der christlichen Gewerkschaften zur Vertretung der Arbeiterinteressen. Sie ermächtigen ihre Vertreter, die als Politiker und Parlamentarier tätig sind, zu jeder Art von Arbeiterverrat, sie verurteilen sich selber zum Schweigen, wenn Abgeordnete, die auf den Krüden christlich organisierter Arbeiter in die Parlamente gekommen sind, im Interesse bürgerlicher Parteien das Wohl und die Rechte der Arbeiter mit Füßen treten. In Köln fiel denn auch kein Wort über die Parteien, die den Schnapsbrot ins Werk gesetzt und das Volk in bisher unerhörter Weise ausgeplündert haben, kein Wort gegen die würdigen „Arbeiterabgeordneten“, die sich zum Mitschuldigen dieses Verbrechens gemacht haben. Die Herren Schiffer, Giesberts, Weder und wie die sonstigen Wiederwärtler von Zentrums Gnaden noch heißen, durften sich auf dem Kölner Kongress sonnen im Glanze ihrer Würde als „Arbeitervertreter“, die als Gewerkschaftler ihre Klassenengenossen zur Wahrung ihrer Interessen anhalten, um sie als Politiker desto tiefer in den Sumpf zu führen.

Die Referate des Kölner Kongresses: Bogelsang-Ennen über die Geschichte und die Bedeutung des Arbeiterschutzes, Krug-Steinwart über die Entwicklung und den Stand der Arbeiterversicherung, Giesberts-Wegens über das Verhältnis der christlichen Gewerkschaften zur christlich-nationalen Arbeiterbewegung — waren ohne Interesse, sie enthielten nichts, was nicht schon hinlänglich bekannt ist. Von aktueller und praktischer Bedeutung war einzig der Vortrag des Abgeordneten Weder-Arnberg über die Reichsversicherungsbildung, der besonders interessant wurde durch die sich daran knüpfende Aussprache. Zu dieser waren als „sachverständige Gäste“ zugelassen der Volksbureauvorsteher Vid.-M.-Glabach und Geheimrat Düttmann, Vorsitzender der Landesversicherungsanstalt Oldenburg und Herausgeber des „Versicherungsböten“. Der Referent, der vieles an der Reichsversicherungsordnung auszusetzen hatte, war in seiner Kritik im allgemeinen mäßig. Schärfer Töne fanden die Diskussionredner, von denen einer die Reichsversicherungsordnung mit der Scherznader Springprojektion verglich, weil sie auf drei Schritte vorwärts, zwei zurückmache. Mit großer Entschiedenheit wandte man sich namentlich gegen die Halbierung der Beiträge und Rechte in den Krankenkassen. Vid.-M.-Glabach warf der Regierung vor, daß sie in dieser Frage nach dem Sage: Zeile und herrlich befähigt; sie teile die Rechte in den Krankenkassen zwischen Unternehmern und Arbeitern, um sich selber die Herrschaft zu sichern. Die Arbeiter — so schloß er unter dem lebhaften Beifall der Versammlung — haben zur Krankenversicherung nur dann Vertrauen, wenn die Verwaltung der Kassen in ihren Händen liegt. Wenn die Regierung auf die Zweiteilung nicht verzichten kann, dann mag die Reichsversicherungsordnung fallen. In dieser Frage gibt es keinen Kompromiß, hier müssen unsre Vertreter im Reichstag festbleiben. Geheimrat Düttmann nahm die Reichsversicherungsordnung in Schutz; er eruchte den Kongress, den Arbeitervertretern im Reichstage freie Hand zu lassen, auch bezüglich der Verwaltung der Krankenkassen; wo Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammenstehen und taten, sei es richtig, daß sie mit gleichen Rechten ausgestattet würden. Auch die Krankenkassen, gegen die sich mehrere Redner gewandt hatten, verurteilte der Beschäftigungsrat aus Oldenburg den christlichen Arbeitern schmacht zu machen. Es muß anerkannt werden, daß die folgenden Redner den Herrn Geheimrat gründlich abfallen ließen. Lieber gar keine Reform des Arbeiterversicherungswezens, als die Beschränkung der Arbeiterrechte in den Krankenkassen — das war die allgemeine Meinung. Auch gegen die Betriebskrankenkassen wandten sich verschiedene Redner. Die einzelnen Wünsche, die sich auf die größere Berücksichtigung beschiedener Berufe (Seimarbeitler, Krankenpfleger ufm.) bezogen, wurden in die vom Referenten aufgestellten Leisätze hineingearbeitet, die dann in dieser Fassung einstimmige Annahme fanden.

Der Kongress, der am Montag, 18. Juli, mit einer öffentlichen Versammlung eingeleitet wurde und am Montag seine eigentlichen Verhandlungen begann, wurde Mittwoch Abend geschlossen. Die vorliegenden Anträge wurden ziemlich oberflächlich behandelt, und die meisten dem Ausschusse des Gesamtverbandes „zur Erwägung“ überwiesen. Auch der „Jubiläumskongress“ hat gezeigt, daß die christlichen Gewerkschaften immer bleiben werden, was sie bisher waren: ein rückständiges Anhängsel der allgemeinen, unter sozialistischer Führung stehenden Arbeiterbewegung. Was sie dieser abgeliefert und nachgehnt haben, das mag man als ihre „Erfolge“ ansehen, und wenn man zugestehen muß, daß die christlichen Gewerkschaften heute mehr bedeuten, als

vor zehn Jahren, daß sie an Mitgliederzahl stärker, im inneren Ausbau gefestigter, in manchen Berufen einflußreicher sind als damals, so sind sie das geworden, weil die sozialistische Arbeiterbewegung den Krieg zur Organisation, das Verständnis für die Klassenlage auch unter den katholischen Arbeitern gewandt und ihnen den Weg gewiesen hat, wie sie zur Besserung ihrer Daseinsbedingungen gelangen können. Wie wenig im übrigen Anlaß zum Krüppeln für die christlichen Gewerkschaften vorliegt, dürfte das in Köln gefallene Wort des Herrn Giesberts beweisen, daß die christliche Bewegung noch lange nicht der Gefahr erdrückt zu werden.

Politische Umschau.

Der Besieger der Luft. — Kulturelle Bedeutung der Flugtechnik. — Protest gegen die neuen Steuern. — Die Entwicklung der Großbetriebe und ihre Lehren für die Arbeiter. — Generalkrieg in Schweden. — Der weiße Schrecken in Spanien. — Das türkische Parlament gegen die gewerkschaftliche Arbeiterorganisation.

Daß der sich immer mehr entwickelnden Flugtechnik eine hohe politische wie allgemein kulturelle Bedeutung zukommt, steht heute wohl für jeden fest. Das durch menschliche Kraft getriebene lenkbare Luftschiff ist kein Phantastengebilde mehr — es ist, dank der unermüdblichen Schaffenskraft des genialen Grafen Zeppelin, Wirklichkeit geworden. Unter unsern Lesern ist wohl keiner, der das nicht weiß. Seltener hat ein verdienstvoller Mann so schnell eine so außerordentliche Popularität erlangt als Zeppelin. Zu den Anfang unvserer Berichtswache fällt die größte der Probeflüchtigkeiten, die er bis jetzt, das Staunen aller Welt erregend, vollbracht hat und die ihn des Ehrenritztums würdig erscheinen läßt, „Wegwinger der Lüfte“ zu sein. Mit dem Reichsluftschiff „Zeppelin II“ trat er am 31. Juli, morgens gegen 4 Uhr von Friedrichshafen am Bodensee aus nach Frankfurt a. M. Die Reise an, um von da aus das Schiff nach Köln zu lenken. Ueber die Alb hinweg durch Sturm und Regen und Regen nahm er seinen Weg, um nachmittags 3/4 Uhr in Frankfurt unter dem Jubel einer nach Rehtunankenden zählenden Menschenmenge glatt zu landen. Die Lande des Medar und des Main sahen an diesem Tage keinen Siegesflug. Am 2. August, morgens 10 Uhr, flog das Schiff wieder auf, um die Reise nach Köln fortzusetzen. Da geriet es am Rhein, in der Coblenzer Gegend, in heftige Gewitterstürme. Um nicht furebelhaft Menschenleben und Gut aufs Spiel zu setzen, und da sich die Natur stärker erwieis als die Maschinenkraft, kehrte Zeppelin nach Frankfurt zurück. Elf Stunden nahm diese Fahrt in Anspruch. Am nächsten Tages, morgens 10 Uhr, sollte die Fahrt nach Köln aufs neue unternommen werden. Das stolze Fahrzeug stieg rasch empor. Doch mußte es infolge des Bruches eines Propellers wieder landen. Aber ungebrochenen Mutes gingen Graf Zeppelin sowie Ingenieure und Arbeiter an die Reparaturarbeiten. Am 5. August, beim Morgengrauen konnte es seine Weiterfahrt nach Köln antreten, wo es vormittags 11 1/2 Uhr, nach siebenstündiger Fahrt, begrüßt vom Jubel ungeheurer Menschenmassen, eintraf.

Auch das Militärluftschiff „Groß II“ vollbrachte am 5. August eine sechsstündige Dauerschifft vom Tegeler Schießplatz bei Berlin aus bis an die Vorberge des Thuringer Waldes und zurück. Dichter Nebel nötigte es, nach dem Kompas die Rückfahrt anzutreten.

Wir teilen die Freude über diese Leistung des Genies und der mit unbegreiflichem Mut verknüpften Kraft. Der Jubel der ungeschälten Hunderttausende, der Zeppelin auf seiner Fahrt begleitete, war eine Guldigung nicht an das militärische Interesse, dem sein Luftschiff zunächst dienen soll, sondern an das Genie, an die Kraft, an den Mut, das heute große Werte im Kulturinteresse schafft. Das lenkbare Luftschiff wird in steigendem Maße und schließlich durchaus auch diesem Interesse dienen, der Wissenschaft und dem friedlichen Verkehr im Lande und zwischen den Völkern. Es wird ein Träger und Verbreiter des Geistes des Friedens und der Internationalität werden, gleich wie die Eisenbahn und die Seeschifffahrt.

Während die Zeppelin-Fahrt das Interesse der Bevölkerung der Lande am Main und am Rhein, die das Luftschiff überflog und besuchte, im höchsten Maße in Anspruch nahm, und auch noch in den letzten Tagen der Woche, betrieb die Sozialdemokratie in den verschiedensten Teilen des Reiches anlässlich des am 1. August erfolgten Futtraftraktens einiger der neuen Steuergeese eine leider wenig planmäßige Protestpropaganda gegen diese Geese, die die schweren indirekten Steuerlasten, die das Volk schon zu tragen hatte, noch erheblich vermehren. Die Preisverhöhrungen für Bier, Wein, Branntwein, Kaffee, Tee, Bündelhaber haben nun mit aller Schärfe begonnen. Möge das Volk aus dem neuen Steuerfegen bauern die richtigen Lehren ziehen!

Das herrschende System der Volksauswucherung durch Agrarzölle und sonstige indirekte Steuern muß fallen. Die Zunderherzhaft über Preußen und das Reich muß ein Ende nehmen. Dieses System und diese Herrschaft zu stürzen, ist die Aufgabe der Arbeiterklasse. Und das um so mehr, als die wirtschaftliche Entwicklung immer gebietischer die Befreiung von diesem System und dieser Herrschaft fordert. Der Agrarismus mit seinen Sonderinteressen dominiert in der Gesetzgebung des Reiches, während der Industrialismus in der Entwicklung der Großbetriebe seinen wirtschaftlichen Siegeszug vollbringt. Je mehr von den Ergebnissen der Gewerbezahl des Jahres 1907 bekannt wird, desto mehr läßt sich dieser Siegeszug erkennen. Es wurden bei den Gewerbezahlungen, die seither stattgefunden haben, ermittelt:

	1882	1895	1907
Kleinbetriebe	2882768	2934723	3124198
Mittelbetriebe	112715	191801	267490
Großbetriebe	9974	18953	32007

Die Kleinbetriebe haben also relativ am wenigsten zugenommen, um nicht ganz 10 pSt.; die Vermehrung der Mittelbetriebe ist zwar stärker, fällt aber gegenüber der Steigerung der Großbetriebe von 9974 im Jahre 1882 bis zu 32007 im Jahre 1907 gar nicht ins Gewicht.

Die starke ökonomische Ueberlegenheit, die der Großbetrieb erlangt hat, tritt noch stärker hervor, wenn man die Zahl der in den drei Betriebskategorien erwerbstätigen Personen vergleicht. Diese Zahl betrug:

	1882	1895	1907
Großbetriebe	1613247	3044267	5650025
Mittelbetriebe	1891720	2454833	3844751
Kleinbetriebe	4335822	4770689	5353876

Also 32 000 Großbetriebe wiegen mit der Zahl der in ihnen beschäftigten Personen über 3 Millionen Kleinbetriebe vollständig auf, während die an Zahl um etwas über 100 hinter den Großbetrieben zurückstehenden Mittelbetriebe rund 1 1/2 Millionen Personen weniger beschäftigen als die Großbetriebe.

Noch entscheidender ist die Tatsache, daß die Leistungsfähigkeit der Großbetriebe viel stärker ist als die der Mittel- und Kleinbetriebe zusammengenommen. Auf letztere werden entfallen 44 pSt. der gesamten gewerblichen Produktion, während die Großbetriebe an ihr mit 56 pSt. beteiligt sind. Das banten die Großbetriebe der Ausnützung der besten technischen Hilfsmittel und der bis ins Kleinste gehenden Teilung der Arbeit. Der industrielle Großkapitalismus ist die wirtschaftlich herrschende und entscheidende Macht geworden.

Daß diese Entwicklung die gewerkschaftliche und politische Organisation der Arbeiterklasse zu selbständigem Wicken für ihre Interessen immer mehr zur Notwendigkeit macht, ist klar. Wollen die Arbeiter aus dieser Entwicklung gewinnen, so müssen sie sich immer fester zu gemeinsamem wirtschaftlichen und politischen Kampf zusammenschließen. Das ist die echte und wahre Selbsthilfe, die jeder Arbeiter sich und seiner Klasse schuldig ist. Die Macht der Arbeitgeberverbände, deren es nach der amtlichen Statistik jetzt 2501 in Deutschland gibt, wächst beständig. Es sind 170 000 Betriebe, die nahezu vier Millionen Arbeiter beschäftigen, organisiert. Eine einbringliche Mahnung an die Arbeiter, der Macht der Unternehmer, die gesamte Masse der Arbeiter in vollster Einheit entgegenzustellen!

Einer starken Probe ist die Solidarität der Arbeiterklasse jetzt in Schweden unterworfen worden. Dort ist am 4. August der Generalkrieg ausgebrochen, provoziert von den Unternehmerorganisationen, die seit Jahren die Praxis üben, selbst die kleinsten Lohnbewegungen der Arbeiter durch Massenausperrungen lahm zu legen. Jetzt hat die organisierte Arbeiterchaft eine solche Massenausperrung, von der 50 000 Arbeiter der Eisen-, Textil- und Zellulose-Industrie betroffen wurden, mit der Proklamierung des Generalkriegs beantwortet. Unfre Leser finden an anderer Stelle des „Grundstein“ mehr darüber. Möge es gelingen, das Eingreifen der rohen Gewalt gegen die berechtigten Interessen der Arbeiter zu verhindern!

Arbeiterblut ist ja nun erst in Spanien in Strömen geflossen. Es ist ja fassbar, nutzlos geopfert zu werden. Daß das in Spanien der Fall gewesen, kann man allerdings nicht fagen. Es ist geflossen für die gerechte Sache des Volkes in einem Genialkampfe, der einmal kommen mußte. Dieser Kampf war die nach Lage der Dinge unvermeidliche Begleiterscheinung einer revolutionären Erhebung gegen ein summes und gewissenloses Regiment, das verbrecherisch einen Kolonialkrieg begann. Zwar herrscht in Spanien jetzt der weiße Schrecken. Hinrichtungen von gefangenen Rebellen und Einferkungen sind an der Tagesordnung. Aber die blutige Saat wird ihre Früchte tragen, die den heute siegreichen Gewalthabern nicht gefallen werden. Das einmal erwachte Volk wird sich auch durch eine Schreckensherrschaft nicht wieder zu kläffender Untertunigkeit bringen lassen. Das Gegenteil wird eintreten.

Auch in der Türkei, auf dessen Umwandlung zu einem „konstitutionellen“ Staat mit einem Parlament die Liberalen aller Länder so große Hoffnungen gesetzt haben, bereitet sich der Klassenkampf der Arbeiter gegen die herrschende Gesellschaft vor. Obwohl dort der Kapitalismus noch in den Kinderschuhen steckt und die große wirtschaftliche Entwicklung erst noch kommen soll, hat sich das Parlament mit verbilligten Majchheit und Entschlossenheit auf den Boden des Klassenkampfes gestellt. Eine seiner ersten gesetzgeberischen Leistungen war, daß es Stellung gegen die Arbeiterklasse nahm. Es mußte, entsprechend den veränderten Verhältnissen, ein Vereins- und Versammlungsgesetz schaffen. Diese Gelegenheit benutzten die türkischen Volksvertreter, den Arbeitern das Recht der gewerkschaftlichen Organisation abzuspreden. Es gibt in der Türkei noch keine modernen Gewerkschaften, wohl aber sehr alte korporative Handwerkervereinigungen, die auch schon öfter zu dem Mittel des Streiks gegriffen haben. Und nicht ohne Erfolg. Es fragt sich nun, ob man diese alten Organisationen bestehen lassen und nur die Bildung moderner Gewerkschaften verhindern wird. Das Verbot der Gründung von Gewerkschaften hat das Parlament damit motiviert, daß Rücksicht zu nehmen sei auf die fremden Kapitalisten, die ins Land kommen, und die „nicht erschwert“ werden dürfen.

So soll in der Türkei der Uebergang vom Feudalismus zu einer kapitalistischen Gesellschaft vorbereitet werden. Die fremden Kapitalisten, die deutschen, englischen, französischen usw., sollen von vornherein geschützt werden gegen die Arbeiter. Klassenrecht wird vom Parlament an der Schwelle der neuen Ära proklamiert. Die Folge wird natürlich Klassenkampf sein!

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Mauern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

- Deutschland:**
 - Mauer:**
 - Hansastädte:** Hamburg (Aussperrung);
 - Schleswig-Holstein:** Eckernförde (Aussperrung), Eutin (Sperr über den Bau des Wasserturms, Firma Liebold & Co.), Oldesloe (Sperr über Meyer aus Segeberg), Dickselsdorf (Sperr über Schmidt in Kasdorf), Ohlstedt (Sperr über Barkmann in Wiemerskamp);
 - Mecklenburg:** Sülze (Sperr über Holdorf);
 - Brandenburg:** Bad Schönflüss (Aussperrung), Lehnin (Sperr über Koeber, Horn, Jacob in Lehnin und Wendt in Götz), Fürstenwalde (Sperr über Pätzal bei den Arbeiten der Firma Pintsch); Berlin (Differenzen im Putzergewerbe);
 - Pommern:** Swinemünde (Sperr über den Kirchenneubau in Ostwine), Treptow a. d. Rega (Sperr über Paul Wittke), Bergen a. R. (Sperr über Rudolf Wahl in Binz), Wolgast (Sperr über Peters in Lümsdorf);
 - Ost- und Westpreussen, Posen:** Labischin (Sperr über die Unternehmer Quade und Gorzynski), Rawitsch, Schlochau, (Differenzen);
 - Königr. Sachsen:** Leipzig (Sperr über K. Bernhardt, Möckern, Lobethalstr.), Mülsen (Sperr über E. Meier, Ortmannsdorf und F. Döhn, Mülsen-St. Niklas), Borsdorf (gesperrt sind die Banten der Unternehmer Wilhelm in Borsdorf und Hanks in Panitzsch), Zittau (Sperr über Hinks in Weigsdorf), Bautzen (Sperr über Scheibe), Frankenberg (Sperr über den Unternehmer Winkler), Chemnitz (Sperr über Thieme und Haupt in Jansdorf, Walter in Adorf und Bost in Neukirchen), Oederwitz (Sperr über die Banten der Unternehmer Krüsing und Neumann), Neustadt (Sperr über Anton, Elsterberg (Streik);
 - Provinz Sachsen und Anhalt:** Wottin a. d. S. (Streiks), Halle (Sperr über Ifland in Passendorf), Weissentals (Sperr über die Unternehmer Menzel und Schiedt), Schkeuditz (Sperr über Reiwand);
 - Schlesien:** Jauer, Landeshut, Militsch (Streiks), Bunzlau (Sperr über die Tonröhrenfabrik von Hoffmann & Co.);
 - Thüringen:** Tambach (Streiks), Arnstadt (Sperr über O. Gressler);
 - Hannover, Braunschweig, Oldenburg:** Ahlen b. Lehrte, Badbergen, Hulse, Kirchwehe, Lingen, Neuhaus a. d. E., Walsrode (Streiks), Brinkum, Delmenhorst, Emden, Buxtehude, Goslar, Harburg, Holzwinden (Aussperrungen), Sulingen (partieller Streik), Hannover (Sperr über die Firma Berger & Co. aus Bromberg), Nordenham (Sperr über die Banten des Metallwerks), Osterode (Sperr über Renneberg in Windhausen), Osnabrück (Sperr über Thor), Vechna, Burgdorf (Differenzen);

Westfalen und Rheinland:

Viersen, Hilden, Ahlen-Bork-Selm (Streiks), Saarbrücken und Umgegend (Aussperrung), Minden (Sperrung über Akmann in Obernkirchen), Düsseldorf (Sperrung über Riese), Ayrath (Sperrung über den Bau der Lungenheilanstalt);

Hessen-Waldeck:

Biebesheim, Korbach (Streiks), Bad Soden (Sperrung über den Unternehmer Christian), Bittelborn (Sperrung über Kuhlmann und Kraus), Herfeld (Sperrung über Tomporz);

Bayern:

Ansbach (Differenzen), Regensburg (Sperrung über Schwarz in Steinweg);

Baden-Pfalz, Elsass-Lothringen:

Florzheim (Streik), Hockenheim (Sperrung über Riehl), Mannheim-Ludwigshafen (Sperrung über Jean Peter);

Fliessenleger:

Berlin (gesperrt sind die Bauten folgender Subunternehmer und Firmen: Dörr bei Hamdorf, Meyer, Gronski & Beiersdorf, Dörscher bei Rosenfeld, Wolf & Bielefeld bei Villeroy & Boch, Palm, Schachtzik & Mellin), Köln u. Düsseldorf (Sperrung über die Arbeiten des Zwischenmeisters Kurlbaum aus Bonn), Mülheim-Ruhr (Sperrung über Möhlenbruck & Mathies), Nürnberg (Sperrung über Ostertag & Herbst und über den Zwischenunternehmer Freudenberg), Goblens (Sperrung über Caspari).

Isolierer und Steinholzer:

Breslau (Streik), Hamburg (Aussperrung), Berlin (Sperrung über die Filiale der Gesellschaft „Fama“), Chemnitz (Sperrung über Ziegeler & Fritsche), Köln (Sperrung über die Korkelitzwerke), Bremen (Sperrung über die Filiale der Firma Reinhold & Co.).

Oesterreich:

Komotau (Streiks).

Schweiz:

Winterthur (Streik), Bern (Differenzen);



Ueber die Arbeitsnachweise der Unternehmer in Jena und Embden haben unsere Kollegen den Vobstoll befragt.



Gau Bremen.

Die Streiks in Badbergen, Gude und Ringen dauern ununterbrochen fort. Die Verhandlung in Gude hat zu einer Einigung nicht geführt.

In Brinkum sind unsere Kollegen am 2. August ausgesperrt worden. Die Unternehmer verlangen von ihnen die Aufhebung des Streiks in kirchlicher, von einem einheitlichen Lohngebiet für die Orte Brinkum, Beste und Kirchweide heranzustellen. Natürlich besitzen unsere Brinkumer Kollegen gar keinen Einfluss auf die Streikwörter Kollegen. Im übrigen ist die Aussperrung ein Schlag ins Wasser, denn die meisten Kollegen sind bereits anderweitig untergebracht.

In Embden haben die Unternehmer unseren Kollegen folgendes zweite Schreiben zugeandt:

Embden, 1. August 1909.

An den Vorstand des Maurerverbandes, Zahlstelle Embden.

Wir fordern Sie nochmals auf, bis Dienstag, 3. August d. J., abends 7 Uhr, die verhängte Sperrung aufzuheben, andernfalls tritt die Sperrung unsererseits ein. Nach Aufhebung der Sperrung sind wir geneigt, Ihre Wünsche anzuhören; bevor müssen aber die sämtlichen Bauten mit Mauern durch unsere Arbeitsnachweise genügend besetzt sein.

Die Ihrerseits nachgesuchte Schlichtungskommissionssitzung lehnen wir ab.

Gochstaden

Der Vorstand des Vereines Emdener Bauwerksmeister, R. Heits, Vorsitzender.

Unsere Kollegen haben auch dieses Schreiben ad acta gelegt. Sie sind der Meinung, daß der Arbeitsnachweise mit dem Vertragsverhältnis gar nichts zu tun hat. Aus dem Schreiben der Unternehmer geht aber hervor, daß unsere Kollegen der Arbeitsnachweise aufgegeben werden soll. Weil sich unsere Kollegen das nicht gefallen ließen, sperrten die Unternehmer am 31. Juli unsere sämtlichen Kollegen aus. Ein scheinbarer Vertragsbruch ist wohl kaum jemals vorgekommen. Man vergegenwärtige sich die Sache: Ein Tarifvertrag wird abgeschlossen, damit während seiner Dauer Kämpfe vermieden werden. Zur Beilegung von Differenzen wird eine Schlichtungskommission eingesetzt. Obwohl also Waffenstillstand über Friede besteht, versuchen die Unternehmer, daß bis zehn unserer verheirateten Kollegen auszubürgern. Unsere Kollegen wehren sich und beantragen gleichzeitig eine Schlichtungskommissionssitzung. Die Unternehmer lehnen diese Sitzung ab und weisen die Gesamtheit der Kollegen auf die Straße. Das ist eine Freivolität, sondergleichen, und wir werden es uns reichlich überlegen müssen, ob wir in Zukunft mit solchen Unternehmern überhaupt noch Verträge abschließen wollen. Wir eruchten unsere Kollegen, Zugang nach Embden auf das strengste fernzuhalten, damit den Emdener Unternehmern die Aussperrungslust ausgeübt werden kann.

In Delmenhorst sind die Bauarbeiter am 6. August in den Streik eingetreten, wodurch 127 unserer Kollegen in Mitleidenschaft gezogen wurden. Die Forderungen der Maurer und Bauarbeiter wurden gemeinsam eingeleitet; unsere Kollegen wollten aber erst noch eine Sitzung, die die Unternehmer zugestimmt hatten, abwarten. Eine am 8. August tagende Versammlung beschloß auch demgemäß. Die Sitzung fand am 7. August statt. Da die Unternehmer nur mit den Mauern unterhandeln wollten, mußten die Verhandlungen abgebrochen werden.

Gau Cöln.

Der Streik in Belber, Zweigverein Barmen-Eisfeld, wurde am 5. August nach zweimonatiger Dauer aufgehoben. Der Streik war durch Zugung von Streikbrechern in ein Stadium getreten, welches den Unternehmern ermöglichte, ihre notwendigen Arbeiten fertiggestellt zu bekommen. Das Auffichbare wurde zurückgehalten und die Bauern kamen in dieser Beziehung den Unternehmern gern entgegen. Im Kampfe gegen die organisierten Arbeiter sind sich die Besitzenden alle einig. Dabei wirkte die Polizei zugunsten der Unternehmer. Aber dies wäre noch immer nicht das Schlimmste. Das Schlimmste ist, daß noch so viele Arbeiter aus falsch verstandenem Interesse zu Streikbrechern werden. Wäre dies nicht der Fall gewesen, so hätten die hiesigen Unternehmer bei der verhältnismäßig guten Konjunktur bewilligen müssen. Der Streik hat zwar seine günstige Wirkung nicht verfehlt, der Stundenlohn ist um 8 3 gestiegen, aber was will das besagen bei der heutigen Verteuerung der notwendigen Existenzmittel. Die hiesigen Streikbrecher, zu 90 p. H. Nassauer, suchen ihr Heil in der langen Arbeitszeit, um auf diese Weise ihr Einkommen zu erhöhen. Das Unvernünftige dieser Handlungsweise braucht hier nicht mehr erläutert zu werden. Ueberhaupt darf wohl gesagt werden, daß die Nassauer Maurer und Stukkateure sich hier sehr unloyal betragen haben. Man konnte leicht hundert Italiener zur Ab- bega. Weiterreise bewegen als einen Nassauer. Es waren Nassauer Stukkateure, die den Innereputz in Afford ausführten und dadurch vier Unternehmern aus der Klemme zogen. Zwei Nassauer Affordmaurerkolonnen waren als Hausmeister bei dem Unternehmer Krieger tätig. Hier bedarf es noch großer Aufklärungsarbeit.

Gau Danzig.

Der günstige Abschluß der diesjährigen Lohnbewegung in Pilsallen läßt die dortigen Unternehmer nicht ruhig schlafen. Tag und Nacht sinnen sie darüber nach, wie sie es wohl anfangen sollen, um noch nachträglich für sich einige Erfolge zu erzielen. Endlich glaubten sie ein geeignetes Mittel hierfür gefunden zu haben, und zwar beschließen sie, den Junggelehrten einen um 3 3 geringeren Lohn pro Stunde zu geben als der Tarif vorsieht. Nach dem Tarif sollen die Junggelehrten pro Stunde 5 3 weniger erhalten als die Vollgelehrten, sofern sie sich im ersten Gesellenjahre befinden. Die Unternehmer verlangen jetzt für sich das Recht, den Junggelehrten im ersten Jahre 8 3 und im zweiten Jahre 4 3 weniger zu geben. Die Gründe, die die Unternehmer hierfür anführen, sind recht fadenförmiger Natur. So behaupten sie, bei den Tarifverhandlungen von uns über 5000 gegeben worden zu sein. Dieserhalb sind die Pilsaller Unternehmer, wie sie uns sagten, bei Herrn Bauffier in Königsberg gewesen, der ihnen geraten hat, so zu handeln, wie oben geschildert. Wegen dieser Differenz trat die Schlichtungskommission in Pilsallen zusammen. Um den Streit aus der Welt zu schaffen, einige man sich dahin, daß den Junggelehrten im ersten Gesellenjahre pro Stunde 6 3 und im zweiten Gesellenjahre 3 3 weniger gezahlt werden als den Vollgelehrten. Das war schließlich hierauf eingegangen, hat seinen Grund darin, daß die Arbeit in Pilsallen so ziemlich ihrer Vollendung entgegengeht und die Unternehmer den verhöfsten Tarif am liebsten los werden würden. Die Verammlung erklärte sich mit dieser Regelung der Differenz einverstanden.

In Königsberg ließ die Firma Sandmann vom 19. bis 31. Juli auf allen ihren Bauten den etwa 250 Mauern täglich anfallt der tariflich festgelegten Arbeitszeit von zehn Stunden e Stunden arbeiten. Die Firma erklärte, zu ihrem Vorgehen berechtigt zu sein, weil sie kurze Herstellungsfristen habe eingehen müssen und nicht genügend Maurer bekommen könne. Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes in Königsberg trat der Ansicht der Firma bei und lehnte unsern Antrag, der ein Eingreifen seinerseits verlangte, rundweg ab. Eine Schlichtungskommissionssitzung war auch erst nach vieler Mühe zustande gekommen, die leider wie das Sornberger Schreiben verlief. Man erregte sich schließlich dahin, der Firma 20 Maurer zu befragen. Geschieht dies, so darf die Firma nicht mehr e Stunden arbeiten lassen. Wenn er jetzt noch, daß die Uebernahme mit 10 3 Aufschlag bezahlt wurde. Damit könnte dieser Fall wohl erledigt sein, wenn hierbei nicht noch etwas andres in Frage käme. Herr Bauffier erklärte nämlich, daß in jedem Falle jeder andere Firma fraglos das Recht zustehe, die Arbeitszeit zu verlängern, wenn wir nicht für genügend Arbeitskräfte sorgen. Darauf können wir und dürfen wir uns nicht einlassen. Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes droht mit Grenzziehung ausländischer Arbeitskräfte (Italiener), und so stehen wir in Königsberg wieder vor einer Art Krise, deren Ende wir nicht voraussehen können. Die Königsberger Kollegen würden gut tun, wenn sie die Entwicklung der Dinge genau beobachteten, damit sie auf keinen Fall überumpelt werden.

Die eingeleitete Lohnbewegung in Eppshausen konnte bisher noch nicht zum definitiven Abschluß gebracht werden.

Der Zillister Arbeitgeberverband macht eifrig darüber, daß Zillister Maurer bei unorganisierten Unternehmern nur arbeiten, wenn sie einen Aufschlag zum Lohn erhalten. Beim Unternehmer Kommunist in Argentinien, wo eine Kirche gebaut wird, sollte das angeblich nicht der Fall sein. Herr Fuschta verlangte dort die Einstellung der Arbeit, sofort Zillister Maurer in Frage kamen, und versprach ihnen, sofort anderweitig Arbeit nachzuweisen. Leider konnten wir Herrn Fuschta den Gefallen nicht tun, da Zillister Maurer in Argentinien nicht beschäftigt sind, wir auch Argentinien als zum Vertragsgebiet gehörig nicht ansehen können. Dem Arbeitgeberverband Mitglieder zuzuführen, halten wir auch nicht für unsere Aufgabe bzw. nicht in unserm Interesse liegend. Ein Teil der Zillister Unternehmer gehört der „Loge“ an. Ein bisher im Verbanne organisierter Maurer ist Kogebniener. Die „Kogebniener“ wollten sich aber von einem „Sozialdemokraten“ nicht bedienen lassen, deshalb mußte der Kogebniener aus dem Verbanne austreten. Nun ist er natürlich „genussmüde“ und zum Kogebniener mit einer Vierteljahrhundertfristigkeit von A. 7. qualifiziert.

In Böden ist es am 28. Juli zum Anglistreit gekommen, weil es die Unternehmer nicht der Mühe wert hielten, auf die im Frühjahr eingeleitete Lohnforderung zu antworten. Der Streik hat nur eine Viertelstunde gedauert und konnte mit einem vollständigen Siege der Arbeiter beendet werden. Der Lohn betrug bisher 38 bis 42 3, in letzter Zeit zahlte man auch bis 46 3, und zwar zu dem angesprochenen Zwecke, unsere Lohnbewegung illusorisch zu machen. Herr Pianta hatte sich

aber getäuscht, wenn er annahm, daß die besser bezahlten Kollegen sich mit den weniger gut entlohnerten im gegebenen Falle nicht solidarisch erklären würden. Alle 46 Kollegen versetzten nach der Mittagspause auf unsere Aufforderung die Arbeitshelle. Dies bewirkte Herrn Pianta jun. in eine derartige Wut, daß er unerkente wie ein wild gewordener Stier, dem man einen roten Lappen vorhält; beide Piantas, Vater und Sohn, machten einen Mordspektakel, beschimpften den Verband und beleidigten den Kollegen Gehl, besuchten letzteren zur Polizei zu schleppen und brangen sorgförlig mit Schimpfwörtern und wilden Beschöden auf ihn ein. Mit einem Male rief Herr Pianta: „Wehe Deutenden, geht zur Arbeit, ich gebe Euch 47 3, aber laßt den Menschen (Kollegen Gehl) laufen.“ Ihm wurde geantwortet: „Echt unterschreiben. Die Bödner Kollegen hatten die Piantas richtig eingeschätzt als sie die Unterschrift verlangten; denn als Kollege Gehl fragte, ob er allen Mauern 47 3 geben wolle, erklärte er entgegen seinem kurz vorher abgegebenen Versprechen: „Nein, allen kann ich nicht 47 3 geben.“ Schallendes Gelächter war die Antwort. Das schlug dem Kopf den Boden aus. Pianta jun. riß sein Messer aus der Tasche, klappte es auf und stürzte auf den Kollegen Gehl zu mit den Worten: „Ich steche Euch alle über den Gaumen.“ Soweit kam es nun gerade nicht. Die unzufriedenen Kollegen brachten den Wüterich sehr schnell zur Besinnung und hinderten ihn an der Ausübung des beabsichtigten Verbrechens. Nur der Besonnenheit unserer Kollegen kam es Pianta verdanken, daß er mit dem blauen Auge davontam. — Nach diesem Drama wurde der Tarif unterschrieben und die Arbeit von allen Kollegen wieder aufgenommen.

In Wandsbürg kam es am 3. August zum Abschluß eines Tarifs. Der Lohn betrug nach dem letzten im Jahre 1908 abgeschlossenen Tarif 34 3 pro Stunde bei eifriger Arbeit. 1907 und 1908 wurden die Forderungen eingeleitet. Zum Abschluß kamen diese Lohnforderungen nicht, aber die Unternehmer richteten sich zum Teil nach den Forderungen. Auch in diesem Jahre haben die Wandsbürger Kollegen Forderungen eingeleitet. Sie forderten die zehnstündige Arbeitszeit und 44 3 Stundenlohn. Es kam eine Einigung zustande. Erreicht wurden 43 bzw. 44 3 Stundenlohn und die Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde. Damit haben die Wandsbürger Kollegen seit dem Jahre 1906 eine Erhöhung des Stundenlohnes um 9 bis 10 3 erreicht, dazu die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit. Hoffentlich führen diese Erfolge auch zu der dringend notwendigen Stärkung des Zweigvereins.

Zu Latzfisch ist es ganz plötzlich zur Lohnbewegung gekommen. Als am 25. Juli die Lohnkommission zu verhandeln verurtheilt, kam es nicht zur Einigung. Am nächsten Tage wurde der Vertreter der Kollegen entlassen, worauf es zur allgemeinen Arbeitseinstellung kam. In der Zwischenzeit wurde der Tarif von zwei Unternehmern anerkannt. Die bei den anderen Firmen in Arbeit stehenden Kollegen sind alle abgereist. Streikende sind gegenwärtig nicht vorhanden.

Gau Frankfurt a. M.

Nach einer Mitteilung aus Mainz ist die Lohnbewegung am Krankenhausneubau in Kreuznach vorläufig verlagert. Der Unternehmer (Friedhofen-Goblens) wollte mit unserer Organisation nichts zu tun haben. Er rief deshalb unsere Kollegen am 27. Juli auf der Baustelle zusammen und verurtheilte ihnen klar zu machen, daß sie von dem Eintritt in die gewerkschaftliche Organisation nur Schaden hätten. Sie sollten sich nur ohne Organisation in „höflicher Weise“ an ihn wenden, dann würden sie schon eine Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen erzielen. Jetzt ist das allerdings nicht die Zeit. Schließlich besaß er, daß diejenigen, die mit dem bisher gezahlten Lohn zufrieden seien, vortreten möchten. Als außer dem Baubezirksleiter, der den Unternehmer an unsere Organisation verwies, niemand vortrat, erklärte derselbe, „aus freiem Antrieb“ eine Lohnerhöhung von 2 3 pro Stunde bewilligen zu wollen. Unsere Kollegen wollten sich am 29. Juni in einer Versammlung mit diesem Angebot beschäftigen. Wie erkannten sie aber, als sie tags zuvor im dortigen Gentrumorgan folgende Notiz fanden:

„Eine Lohnbewegung unter dem am Krankenhausneubau beschäftigten Arbeitern, Handlangern und Mauern inszenierte die Mainzer Zahlstelle der „freien Gewerkschaften“. Der Unternehmer, Herr Friedhofen, zahlte bisher die hier üblichen Sätze von 30, 32 bezw. 35 3 pro Stunde bei eifriger Arbeit. Die sogenannten „freien Gewerkschaften“ forderte zehnstündige Arbeitszeit und 5 bis 7 3 mehr Lohn pro Stunde. Herr Friedhofen lehnte es ab, mit dieser Gewerkschaft zu verhandeln und ließ auch deren Schreiben, das bis zum 25. Juli beantwortet werden sollte, unberücksichtigt. Die Vermittlung übernahm das katholische Arbeitersekretariat, und es wurde durch dasselbe auch eine glatte Einigung erzielt. Der Unternehmer erhöhte die Lohnsätze auf 32, 34 bezw. 37 3. Eine Verkürzung der Arbeitszeit wünschten die Arbeiter selbst nicht. Der Unternehmer gab deutlich zu verstehen, daß das Vorgehen der „freien Gewerkschaft“ ihn in keiner Weise beeinflusst habe und verbat sich jede Agitation dieser Gewerkschaftler auf der Baustelle. Der ganze Vorgang beweist wieder einmal die verheerende Tätigkeit der „freien Gewerkschaft“. Wären die Arbeiter ihrer gefolgt, konnten sie leicht brotlos werden, besonders bei der jetzigen schlechten Lage im Baugewerbe. An Arbeitswilligen fehlt es nämlich nicht.“

Man wird nun denken, der katholische Arbeitersekretär wäre von einem Teil der am Krankenhausneubau beschäftigten Arbeiter zur Vermittlung aufgefordert worden. Das ist aber nicht der Fall, denn sämtliche dort beschäftigten Leute sind in den Zentralverbänden der Maurer und Bauhilfsarbeiter organisiert. Glaubte denn der katholische Arbeitersekretär etwa dadurch einen Keil in die Reihen der Arbeiter treiben zu können, daß er die Interessen der Arbeiter verriet und dem Unternehmer den Rücken stülzte? Dann hat er sich geirrt! In unserer Versammlung wurde das Treiben dieses „Arbeiter“ sekretärs scharf kritisiert. Auf nachmaliges Vorgehen der Vertreter der Arbeiterbeiratschaft bei dem Unternehmer in Goblens wurde dann am 3. Juli eine Verhandlung in Kreuznach in Aussicht gestellt, die aber durch Eingreifen der dem Arbeitgeberverband angehörenden Unternehmer vereitelt wurde. In einer Versammlung, die sich am 4. August nochmals mit der Sache befaßte, wurde einstimmig beschlossen, unter den

gegenwärtigen Verhältnissen von härteren Maßnahmen abzusehen und die Sache bis zu einem günstigen Zeitpunkt zu verlagern. Aufgeschlossen ist aber nicht aufgehoben. Sorgen die Bauarbeiter, daß in nächster Zeit der letzte Maurer und Bauhilfsarbeiter seiner Organisation zugeführt wird, dann werden auch in Kreuznach bald bessere Zustände Platz greifen.

Gau Hamburg.

Die Frage der Zugehörigkeit des Gutsbezirks W a s t o r f zum Lohngesetz Kiel, über die schon in Nr. 31 des „Grundstein“ berichtet wurde, fand am 2. August abermals vor einem Schiedsgericht zur Verhandlung. Diesmal mußte sich das Schiedsgericht zweiter Instanz — wie solches im Tarifvertrage vorgesehen ist — mit der Sache beschäftigen. Als Vertreter der Arbeitgeberseite waren für den Arbeitgeberverband Herr W. Zimmerer-Hamburg, für die Maurer-Kollegie Baier-Hamburg und für die Zimmerer-G. G. Ede hinzugezogen. Die beiden Parteien hatten sich darüber geeinigt, daß der Termin an Ort und Stelle des strittigen Lohngesetzes (an Schwienthal, Gemeindebezirk Nollendorf, Villa Fernich) abgehalten werden sollte. Als Vorsitzender des Schiedsgerichts fungierte wieder Herr Dr. Mühlberg. Außerdem waren diesmal auch die Herren Frauen, Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes Kiel, und Herr Petrow, Vorsitzender der Baugewerksinnung Kiel, erschienen. In einem Schiedsbericht ist es nicht gekommen. Es wurde von dem Vorsitzenden der Preter Baugewerksinnung, Herrn Wendenburg, der Vorschlag gemacht, die Arbeiter möchten sich damit zufrieden geben, daß er an dem im Bau befindlichen Zinckenwerder einen Stundenlohn von 65 S. zahle. (Der früher Stundenlohn betrug 70 S. der für Preis 56 S.) Die Differenz zwischen einem Stundenlohn von 65 S. und dem bisher bezahlten Arbeiter Lohn soll für die ganze Bauzeit nachgezahlt werden. In Zukunft soll die Schwentine die Grenze für den Lohnbezirk Kiel bilden. Nachdem von allen Teilnehmern eine Lokalbesichtigung vorgenommen war, erklärten sich die Arbeitervertreter mit dem Vorschlag des Herrn Wendenburg einverstanden. Dazu, daß dieser einen solchen unannehmbaren Vorschlag machte, wird Herr Frauen durch seine objektiven Ausführungen mit beiratet haben, indem er das Zustandekommen des Kieler Tarifvertrages erläuterte und hieran anschließend darlegte, daß in der Schiedsgerichtsbesprechung am 4. Juli die Arbeitgeber sich einmütig dahin erklärten, daß die Wastorf-Mühle zum Lohnbezirk Kiel gehöre. Hieraus ergibt sich aber, daß auch der Gutsbezirk Wastorf zu dem genannten Lohnbezirk gehört. Auf Grund dieser Erkenntnis hat wohl auch Herr Wendenburg seinen Vorschlag gemacht, wodurch die Einigung erzielt wurde.

Die in Hamburg am vorigen Mittwoch stattgefundenen Verhandlung vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts ist noch nicht zum Abschluß gelangt. Die Unternehmervertreter stellten sich schließlich zwar nicht mehr auf den starken Vereinigungsstandpunkt, aber gegen die Bewilligung der Forderung blieben sie doch noch weit ab. Um den Unternehmern die Zustimmung zu der Lohnerhöhung von 5 S. leichter zu machen, machten die Arbeitervertreter den Vorschlag, vom 1. Januar an die Forderung zu bewilligen. Dies Entgegenkommen der Arbeiter kann wohl als ein Schritt zum Frieden gelten, denn die Unternehmervertreter haben sich wenigstens bereit erklärt, ihren Auftraggebern diesen Vorschlag nebst Begründung ausführlich vorzutragen. Ausgeschlossen von der eventuellen Lohnerhöhung sollen sein die Eisler und die Plattenarbeiter, weil diese beiden Arbeitergruppen mit ihren Löhnen den Maurern usw. voraus sind. Dagegen sollen alle übrigen mitausgeschlossenen Arbeiter (Dachdecker, Glaser, Klempner, Schlosser, Steinbauer und Kunststeinarbeiter) bezüglich der Lohnerhöhung wie die Maurer, Zimmerer, Hilfsarbeiter und Betonarbeiter behandelt werden.

Auf Grund dieser vorläufigen Übereinkunft, die vom Einigungsamt sanctioniert ist, soll kommenden Mittwoch, den 11. August, weiter verhandelt werden. Für die Arbeit- und Spezialgewerbe ist die Ausprägung schon am 24. Juli aufgehoben worden, die meisten Arbeitergruppen hatten aber die Wiederaufnahme der Arbeit bis zum Friedensschluß abgelehnt. Vor dem Einigungsamt ist nun auch diese Differenz vorläufig geschlichtet worden. Unter der Voraussetzung, daß die Unternehmervertreter am kommenden Mittwoch die Vollmacht haben, die Lohnerhöhung vom 1. Januar an zu bewilligen, haben sich die Arbeitervertreter bereit erklärt, für die sofortige Aufnahme der Arbeit in den Nebengewerben einzutreten. Demgemäß ist auch von den Plattenarbeitern, Klempnern u. s. beschlossene worden; sie haben die Arbeit inzwischen wieder aufgenommen. Im übrigen ist bis zur Beendigung der Verhandlung am 11. August Waffenstillstand, es dürfen keine neue Sperren verhängt werden, aber auch keine „Arbeitswilligen“ angeworben werden.

Der Friede ist noch nicht gesichert. Vor allen Dingen haben die abgerufenen Kollegen zu bleiben, wo sie sind, bis sie von der Leitung der Organisation gerufen werden; wer in diesem Stadium seine Arbeit verläßt und nach Hamburg kommt, ist den Streikbrechern gleich zu achten. Daß scharf, noch härter als bisher, darauf geachtet werden muß, daß fremde „Arbeitswillige“ ferngehalten werden, darf auch keinen Augenblick außer acht bleiben. Die Kollegen im Bereich des „Vier-Städte-Bundes“ stehen augenblicklich Gesehr bei Fuß, sie werden aber sofort den Kampf wieder aufnehmen, wenn die Verhandlungen wieder auf nichts hinauslaufen.

Gau Hannover.

Der Kampf in Göttingen wird dadurch erschwert, daß immer wieder Kollegen verlesen lassen, nach hier zu kommen. Ähnlich sind wieder zwei Berliner Arbeiter hier gelandet. Sie haben die Arbeit aufgenommen, und alle Versuche, sie zur Abreise zu bewegen, sind bisher erfolglos geblieben. Nachdrücklich verlangt Berlin für die deutsche Arbeiterbewegung diese Behandlung wie Dimpfar, Dieburg und andre angenehme Gegenden. Der Kampf geht weiter.

Gau Leipzig.

In Eiterberg, so wird uns von dort geschrieben, haben sich unsere Kollegen nach langen Jahren wieder befreit, um ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen etwas erträglicher zu gestalten. Eine am 18. Juli abgehaltene Versammlung hatte beschlossen, die zehnstündige Arbeitszeit (bisher 10½ Stunden) und 43 S. Stundenlohn mit 2 3 Zulage bei Ueberlandarbeit zu fordern. Die Ant-

wort der Unternehmer wurde bis 1. August verlangt. Am 30. Juli antwortete die Baugewerksinnung, daß ihre Versammlung, in der unsere Forderung besprochen wurde, erst am 8. August stattfinden. Baumeister Lorenz antwortete gar nicht. Da die entscheidende Versammlung der Maurer auf den 8. August, abends 7 Uhr, einberufen war, forderte die Lohnkommission der Baugewerksinnung auf, ihren Beschluß bis 8 Uhr dieses Tages mitzuteilen. Die Antwort ging prompt ein, jedoch im ablehnenden Sinne. Vor allen Dingen wollten die Unternehmer die zehnstündige Arbeitszeit hochhalten. Eine Lohnzulage könne bei den jetzt abgeschlossenen Bauten nicht eintreten, jedoch seien sie nicht abgeneigt, bei eventuellen Neubauten (Kunststeinwert) eine Lohnzulage von 2 bis 3 S. zu gewähren. Für Ueberlandarbeit würde bereits das Gewünschte bezahlt; was keineswegs der Wahrheit entspricht. Auf diese nichtsagende Antwort beschloß die stark besuchte Versammlung fast einstimmig am andern Morgen die Arbeit einzustellen. Die Arbeitsentstellung war denn auch wider Erwarten; von 98 beschäftigten Maurern und Polierern legten 80 Kollegen die Arbeit nieder. Unfre Situation hat sich seit dem Streik im Jahre 1906 bedeutend gebessert, so daß die Meister die Rechnung wohl ohne die Maurer gemacht hätten. An den Kollegen liegt es nun, ihren gestellten Forderungen den nötigen Nachdruck zu verleihen und strenge Disziplin zu halten. — Nachträglich legten auch noch vier unorganisierte Maurer die Arbeit nieder.

Gau Mannheim.

Der Zweigverein Mannheim hat gelegentlich mit unorganisierten Unternehmern zu kämpfen, die sich nicht an die tariflichen Vereinbarungen halten; besonders wird oft das Abkommen über die Hektorarbeit, wodurch das Unterabfordernwesen unzulässig ist, umgangen. Das war jetzt wieder bei dem Unternehmer K. Peter der Fall. Hier wurden die Maurer geprellt, indem sich der Polier mit einem Gesellen einen Hektorüberstoß von M. 742 teilte. Den Kollegen hatte man Arbeit in Tagelohn. Um dem Unternehmern die Lust zu solchen Streichen für alle Zukunft auszutreiben, ist der Bau, der in der Augustanlage fest, geperrt worden, bis sich Peter mit den Maurern abgefunden hat.

In der Hahnenstraße 2 hatten die Kollegen eine Lohnerhöhung von 2 S. gefordert. Es gelang, acht von den neun Unternehmern zur Anerkennung der Forderung zu bewegen, ohne daß wir die Arbeit einzustellen brauchten. Der Lohn steigt bei diesen Unternehmern sofort auf 49 S. und am 1. April nächsten Jahres auf 50 S. Mit dem Unternehmer N e i h l war keine Einigung möglich. Er ist deswegen gesperrt worden. Seinen transpassierten Bewilligungen um Streikbrecher war leider etwas Erfolg beschieden: er bekam aus den benachbarten Orten fünf Hausarbeiter, von denen wir ihm zwar drei gleich wieder abknüpften. Von den vorher bei ihm arbeitenden Maurern sind drei festgehalten geblieben. Wenn es gelingt, diesen ihre Arbeiterpflicht bezüglich zu machen, muß auch Nichts be- willigen.

Die Sperre über den Unternehmer Bed in Ettingen, Zweigverein Karlsruhe, konnte aufgehoben werden. Den Kollegen war ein voller Erfolg beschieden.

In Forstheim hat sich, wie uns von dort berichtet wird, in der letzten Woche nichts wesentliches ereignet. Die Zahl der Streikbrecher hat sich verringert. Unfre Kollegen stehen nach wie vor einig da, denn von den 450 Streikenden sind in 16 Wochen ganze zehn Männlein abgefallen. Die Polizei teilt immer noch sehr scheinig auf. Bis jetzt wurden unfre Kollegen zu über 300 Tagen Gefängnis verurteilt. Der Streik geht weiter.

In Saarbrücken wurde auf Wunsch einiger Unternehmer das Gewerbeamt als Einigungsamt angerufen. Die Kollegen erklärten sich zu Unterhandlungen bereit, aber der Arbeitgeberverband lehnte das Gewerbeamt als Einigungsamt ab. Dies war sicher nicht der Wunsch aller Unternehmer, denn in der entscheidenden Versammlung der Unternehmer drangen die Scharfmacher mit ihrem Antrage, nicht zu verhandeln, mit nur zwei Stimmen Mehrheit durch. Verschiedene Unternehmer werden sich überlegen, ob sie den Gang auf die Dauer mitmachen, da auch sie bereits merken, was die Scharfmacher im Sinne haben. Die Polizei hilft den Unternehmern natürlich nach wie vor, soweit sie nur kann. Ein Schutzmann verfuhr sogar, abreisende Maurer zurückzuhalten, und ihnen keinen Schutz auf dem Wege zu den Unternehmern anzubieten. Jeden Tag werden streikende Kollegen verhaftet, wenn sie im Begriffe sind, Streikbrecher anzubahnen. Auch der Staatsanwalt zeigte in einer Gerichtsverhandlung seine „Arbeiterfreundlichkeit“, indem er gegen den Kollegen Schroy wegen einer Lappalie einen Monat Gefängnis beantragte. Das Gericht erkannte auf eine Geldstrafe von M. 15. Aber alles das schreckt die Streikenden nicht ab; im Gegenteil, sie sind fest entschlossen, im Kampfe bis zum Ende auszuhalten. Kollegen allerorts, halten den Zugang nach Saarbrücken streng fern, dann wird der Sieg für uns nicht ausbleiben!

Gau Nürnberg.

Endlich ist in Würzburg der Frieden eingetreten; die Unternehmer sind mit ihrer Ausprägung unterlegen. Um den Arbeitsbestand festzuhalten sei nochmals folgendes festgestellt: Im Laufe des letzten Winters hatte die Preisbaufirma W a r & C o h n die Notlage der Arbeiter insofern ausgenutzt, als sie den Lohn der Erd- und Bauhilfsarbeiter reduzierte. Als das Frühjahr kam, verlustigten die Bauhilfsarbeiter in Anbetracht der allgemein geringen Löhne und der höheren Lebensmittelpreise ihren alten Lohn mit einer kleinen Aufbesserung wieder zu erreichen. Als die Firma ablehnte, wurde sie vom Hilfsarbeiterverband gesperrt. Schon am nächsten Tage wurde den Bauhilfsarbeitern und uns mitgeteilt, daß, wenn die Sperre nicht aufgehoben werde, die Ausprägung der Maurer, Erd- und Bauhilfsarbeiter erfolge. Da es sich in erster Linie um die Wiederherstellung der reduzierten Löhne handelte, so konnte man dem Verlangen der Unternehmer nicht entsprechen und es erfolgte die sofortige Ausprägung, die nun mit einer Niederlage für die Unternehmer endete. Für unfre Kollegen wurde nach langen Verhandlungen ein Minimalstundenlohn von 47 S. festgesetzt. (Der bisherige Durchschnittslohn war 44½ S.) Auch sonst wurden

Verbesserungen bezüglich der Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit und dergleichen erzielt. In dem eifrigsten Kampfe ist kein einziger Kollege abtrünnig geworden, was etwas heigen will, wenn man bedenkt, daß in früheren Jahren die Unternehmer Würzburg und seine Umgebung als Streikverbrechergebiet auffuchten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Stiergeld darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgegahlt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu überlegen:

- a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und
- b) die Sterbeurkunde.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung auszugeben ist.

Unterstützungsanweisungen sind in der Zeit vom 2. bis 7. August für folgende Mitglieder erteilt:

Aug. Bäckel-Meckelnbe, Verh. Nr. 105 181; P. Kottmeier-Elb, 263 472; B. Olschinka-Mitt-Gesell, 370 901; E. Schmidt-Schwarzenhof (Frau), 99 978; Ant. Tuitors-Damberg (Frau), 252 601; Joh. Eben-Nothmann a. b. Z., 372 735; Joh. Durrelmeier-Bremen, 13 568; Louis Wehrens-Hamburg, 201 708; Ernst Klapproth-Hannover, 31 868; Wilh. Sey-Darmen, 105 187; Aug. Gräter-Dreslau (Frau), 16 076; Joh. Schimmel-Gesell, 120 051; W. Funke-Beipzig, 158 776; W. Notot-Nieder, 192 597; Aug. Wöhrling-Grünitz, 74 176; M. Lehmann-Dresden, 138 849; D. Wöhrling-Freiburg i. Br., 140 482; Ferd. Wöhrens-Orlene (Frau), 491 716; Frdr. Schulz-Berlin (Frau), 4688; Otto Eichhorn-Berlin (Frau), 374 113; Karl Dome-Berlin (Frau), 7662; H. Felgner-Berlin (Frau), 45 024; P. J. Zimmerer-Frankfurt a. M. (Frau), 272 921; Aug. Nöhler-Biere, 54 285; A. Engelmann-Gilbelsheim (Frau), 350 534; Joh. Kaufner-Wulzburg, 323 700; Joh. Köttel-München, 171 596; Joh. Schulz-München, 268 663.

Geldsendungen für die Hauptliste sind nur an den Kassierer J. Küster, Hamburg 1, Waisenbinderhof 56, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 1. bis 7. August 1909 sind folgende Beiträge eingegangen:

a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.

Ahrensdorf M. 100, Barnstorf 61,20, Berlin 15 104,99, Blankenburg i. Thür. 80,04, Bramstedt 94, Breslau 45,95, Chemnitz 800, Cunenwalde 17,28, Danzig 800, Dessau 200, Döbeln 200, Eisenburg 200, Erfurt 200, Erlangen 276,69, Flensburg 350, Frankfurt a. M. 14 888,05, Gadebusch 99,25, Gelsenkirchen 800, Glauchau 300, Götting 151,52, Greiz 400, Grimmen 48,64, Guben 200, Gyllroth 100, Hamburg 6000, Heide 100, Heitfeld 45,34, Hohenstein-Ernstthal 200, Hörde i. B. 200, Jena 400, Kayna 100, Kempen 399,50, Königsberg (Neumark) 41,14, Krieschen 35,40, Kropffeld 16,14, Kragauitz 39,55, Kyritz 11,44, Landsberg a. Lech 88,35, Laucha 92,02, Lehnitz 200, Lindow i. b. Mark 7, Hülbe 800, Neerame 300, Neumark a. b. S. 200, Neumünster 378,20, Neustadt (Oberlausitz) 4,78, Neustadt a. b. Main-Wefer-Bahn 52, Nordern 174,67, Ostroschitz 284,02, Pommerschen 61,04, Pölla a. G. 35,84, Rügenwalde 86,84, Scharnhorst 250, Schönfließ (Neumark) 36,24, Seehausen (Altmark) 180, Senftenberg 200, Singen (Amt Ronkau) 82,04, Sonneberg i. Thür. 271,50, Stadenhagen 100, Stelle 32,24, Stolp i. Pom. 150, Trachenberg 98,46, Trebitz 131,85, Treptow a. b. Rega 8,40, Trendeburgen 76,96, Treptow 300, Wiesbaden 1488, Wolfskünd 149,80, Wyl a. Fyßr 157, Zobrze 70, Zinnowitz 35,16, Zittau 972,32, Züllichau 47,40.

b) Für Futterale.

Bramstedt M. —, 30, Kempen 5, Marienburg i. Westpr. 2, Ostroschitz 5, Rabensburg 2, Pölla 1, Rügenwalde —, 80.

c) Für Protokolle.

Erlangen M. 4, Glauchau 1, Marienburg i. Westpr. 4, Singen 3, Wiesbaden 2, Würzburg 2.

d) Für Kalender.

Bramstedt M. 1, Greiz 25, Singen 57,50.

e) Für Jahrbuch.

Glauchau M. —, 50, Guben 1,50, Königsberg (Neumark) —, 50, Würzburg 2,50.

f) Für „Arbeit und Kultur“.

Marienburg M. 1,50.

g) „Der Kampf um die Arbeitsbedingungen“.

Berlin M. 750, Gadebusch —, 75, Greiz —, 75, Königsberg (Neumark) —, 75, Landsberg a. Lech —, 75, Marienburg i. Westpr. 1,35, Ostroschitz 3,75, Pölla a. G. —, 75, Singen —, 75, Sonneberg 12; Zittau 48, Heidenich 8,25.

Marken-Verband. Vom 24. Juli bis 7. August sind Marken verbannt worden (E = Eintrittsmarken, B = Beitragsmarken, A = Arbeitsloosmarken, K = Kolportagemarken, L = Lokal-fondsmarken):

Altbanum 500 B & 50 S., Alstedt 800 B & 40. Alt-Miendorf 30 E & 50. Ahim 400 B & 50. Antonienhütte 400 B & 45. Arenhe 200 B & 35, 50 B & 50. Aßenberg 50 E & 50, 100 B & 50. Aunberg 600 B & 45. Aue 80 E & 50. Aunenburg 50 B & 65. Aunhald 800 B & 50. Borna 600 B & 40 S., 400 L & 10. Borsdorf 25 E & 50. Burgkandshat 200 B & 40. Briel 800 B & 45. Burgdorf 20 E & 50. Bramsche 20 E & 50, 800 B & 50. Barmen-Eberfeld 800 B & 80, 1200 B & 60. Brinikum 10 E & 50, 10 E & 150. Briesenfeld 100 B & 50. Braunshweig 10 000 B & 55, 2000 A & 25. Bamberg 500 B & 50, 400 B & 70, 3000 B & 55. Breslau 400 B & 40. Burg bei Magdeburg 200 A & 25. Bünde 20 E & 50, 1200 B & 40, 400 B & 30. Bentzen 50 E & 50, 1000 B & 45. Brunsbüttelkoog 2400 B & 80, 100 A & 25. Bndow 5 E & 150, 200 B & 45. Cassel 50 E & 50 S., 10 000 B & 60, 2000 B & 55, 1000 B & 50, 1000 B & 45, 1000 B & 40, 1000 A & 25. Calefeld 800 B & 30, 400 B & 35. Crotzig 1000 B & 45.

tionen vor Augen und wies darauf hin, daß die Macht der Unternehmersonganisation nur gebrochen werden könne durch einen festen Zusammenschluß aller unfr. Kollegen. Vor sechs bis sieben Jahren wollten die Unternehmer Südböhmen mit seiner Arbeiterorganisation Tarifverträge abschließen, und trotzdem bestanden heute in 20 Orten Tarifverträge. Auch in Kempten werde es möglich sein, Verträge abzuschließen, nachdem eine lebensfähige Organisation der Maurer und Bauhilfsarbeiter vorhanden sei. Dazu sei aber nötig, daß jeder Kollege seine Pflicht erfülle. Jeder müsse versuchen, die indifferenten Kollegen aufzuklären und dem Verbande zuzuführen. Auch der Personalfiskus müsse beseitigt und ein freundschaftliches und solidarisches Verhältnis unter den Kollegen eingeführt werden. Einigkeit, Brüderlichkeit und Solidarität seien die Voraussetzungen aller Erfolge. Nach kurzer Diskussion, in der u. a. noch auf den neuen Steuerraub hingewiesen wurde, wurde die Versammlung geschlossen.

Konstanz. (Konferenzbericht.) Am 1. August fand im „Gasthaus Helvetia“ in Konstanz eine Maurerkonferenz für die Zweigvereine der Bodenseeregion und des Schwarzwaldes statt. Eingeladen zu dieser Konferenz waren die Zweigvereine Singen, Radolfzell, Donaueschingen, Konstanz, St. Gallen, Friedrichshafen, Ravensburg und Lindau im Bodensee, die alle mit Ausnahme von St. Gallen durch Delegierte vertreten waren. Nachdem die Präsenzliste festgestellt war, ging man zur Berichterstattung aus den einzelnen Orten und Zweigvereinen über. Durchweg wurde festgestellt, daß die Bauwirtschaft eine mittelmäßige bis ziemlich gute zu nennen ist. In Runtz „Organisation“ wurde ebenfalls von allen Zweigvereinen berichtet, daß es in diesem Jahre ein gut Stück vorwärts gegangen sei, was aber immer noch nicht als befriedigend angesehen werden dürfe. Gerade jetzt, in der letzten Hälfte dieses Sommers gelte es, noch mehr als bisher unsere Kräfte zu stärken und die uns noch fernstehenden Kollegen herbeizuführen, damit wir das Jahr 1910 getroffen an uns herankommen lassen können, möge auch von Seiten der Unternehmer kommen was da wolle. Ferner wurde noch von allen Delegierten betont, daß gerade in unserm Gebiete die italienischen Kollegen, trotzdem schon so vieles für sie getan wurde, der Organisation immer noch ganz fremd gegenüberstehen. Ueber die fernere Taktik und Agitation gab Gauleiter Stolte verschiedene Maßschläge und forderte die Unfr. Kollegen auf, sich zu diesem Punkt recht zahlreich zum Wort zu melden. Das wurde auch getan. Einmütig wurde der Beschluß gefaßt, im Frühjahr 1910 in allen Zweigvereinen des Bezirks gleichmäßige Forderungen in bezug auf Lohnherabsetzung, Festsetzung der Arbeitszeit usw. zu stellen. Gauleiter Stolte ermahnte die Delegierten noch, das hier Vorgelegene in ihren Zweigvereinen vorzubringen und unermüdet für den Verband zu arbeiten, dann werden wir auch, wenn es gelte in den Kampf zu ziehen, wohlgerüstet dastehen. Am 3 Uhr nachmittags wurde die Konferenz geschlossen. — Wir bemerken noch, daß Zugung von organisierten Kollegen nach Konstanz sehr erwünscht ist.

Königsberg i. Pr. Seit dem Tarifabschluß in diesem Frühjahr geht es mit unfr. Organisation rüstig vorwärts. Die Mitgliederzahl unfr. Zweigvereins stieg von 540 am Anfang des zweiten Quartals auf 1054 am Schluß desselben. Das ist ein sicherer Beweis, daß wir recht hatten, wenn wir behaupteten, in Königsberg sei kein Boden für eine christliche Bewegung. Nur dadurch, daß die Christlichen gemeinsam mit dem Unternehmerverband durch den Nachweis unfr. Kollegen jeder Jahre lang auszuweisen, war es möglich, daß sie hier in so großer Zahl existieren konnten. Kollegen die 10 bis 15 Jahre bei uns Mitglieder und gleichzeitig jahrelang Parteimitglieder waren, hat man auf diese Weise den Weitzug abgepreßt. Jetzt, um im christlichen Lager eine Massenflucht eingetreten ist, schreit man Jeter und Werdio über den angeblichen Terrorismus von unfr. Seite, trotzdem von unfr. Seite nur sachlich agitiert wird. Steigt denn den christlichen Führern bei diesen Behauptungen angeht es den unfr. Kollegen von christlicher Seite in den letzten Jahren nicht die Schamröte ins Gesicht? Wir behaupten nochmals, in Königsberg ist für diese christliche Bewegung kein Boden. Beweis dafür ist, daß 10 000 Königsberger Arbeiter in den freien Verbänden organisiert sind. Die Christen haben nur dort Mitglieder, wo der Terror der Unternehmer sie ihnen zuführt. Mit dem roten Lappen kann man hier oben niemand graulich machen, und deshalb wird durch alle möglichen Mittel versucht, doch noch einige Mitglieder zu halten. Zunächst wird es mit der Wahrheit nicht sehr genau genommen; was man irgend kann, dichtet man uns an. Dann besucht man, trotz 3 10 des Muttertarifs, dadurch, daß man mit einigen Polieren vertragswidrige Vereinbarungen trifft, bei denselben nur christliche Mitglieder unterzubringen. Zu diesem Zweck schreibt man Zettel: „Bitte die Maurer so und so einzustellen, dieselben sind christlich organisiert.“ Zur Erre der Poliere muß gesagt werden, daß sich nur einige wenige auf diese Scheidung einlassen, so daß auch diese Maßnahmen die Christlichen nicht retten. Aber man sucht auch noch mit andern Mitteln christliche Mitglieder zu werben. Vor einiger Zeit erschien in allen bürgerlichen Zeitungen der Umgegend folgendes Inserat:

„100 Maurer bei 66 3 Stundenlohn erhalten dauernde Beschäftigung. Königsberg, Altstadt, Langgasse 14.“ Die Kollegen sollten sich also im christlichen Verbandsbureau (was aus dem Inserat nicht zu ersehen war) melden. Hier angekommen, sagte man ihnen: „Ja, wir können Euch Arbeit nachweisen, Ihr müßt aber dem christlichen Verband beitreten.“ Die Verbandsblätter wurden den Kollegen abgenommen und dafür christliche Verbandsblätter ausgeteilt. In allen Fällen gelang dies den Christen allerdings nicht, und so es gelang, sahen die Kollegen bald ein, daß man ihre Unwissenheit auszunutzen hatte, und sie traten wieder zum Verband über. Aber all diese Manipulationen werden dem christlichen Verband nichts nützen, und deshalb sollte man sie unterlassen. Die Mitglieder, die freiwillig bei den Christen bleiben, können wir ihnen gern. Wie werden es allerdings nicht sein, aber man sollte sich doch damit abfinden.

Penz. In der am 26. Juli abgehaltenen Versammlung wurden zunächst zwei Kollegen aufgenommen, so daß die Zahl der Mitglieder jetzt 116 beträgt. Die Quartalsabrechnung und die Abrechnung vom letzten Streik wurde für richtig befunden. Unter „Beschäftigtes“ wurde der

Kollege Kupfer ausgeschlossen; der Kollege Geißler erhielt eine scharfe Miße. Diese Maßnahmen waren nötig, um für die Kollegen, die da glauben, Eigenbrödelien treiben zu können, ein Exempel zu statuieren. Weiter wurde beschlossen, jedem Kollegen eine Mißchrift von dem jüngst abgeschlossenen Arbeitsvertrag auszugeben. Hier anschließend wollen wir noch unser Mißfallen wegen dem schlechten Versammlungsbesuch ausdrücken. Glauben denn die Kollegen; mit dem Abschlusse der Lohnfrage ist alles geregelt? Mit nicht! Es gibt noch vieles an der Verbesserung unfr. Lage zu schaffen. Man läßt mal eine Entschuldigung gelten, aber wenn man sieht, daß gerade die Kollegen, die die Versammlungen schwängen, bei patriotischen Festen nie fehlen, dann wirkt das einfach beschämend. Derartige Kollegen glauben, mit dem Bezahlen ihrer Beiträge ihre Pflicht getan zu haben. Das ist aber grundverkehrt. Jeder Kollege soll sich an der Organisationsarbeit beteiligen. Dann fallen auch die verkehrten Meinungen weg, die des öfters durch Unkenntnis in die Welt gesetzt werden. Also herunter mit der Schlafmütze! Weg mit der Intellektualität! Gehe weiter, wenn er irgend kann, in die Versammlung; denn hier werden die Waffen geschmiedet, deren wir zum Kampf für unsere Forderungen bedürfen.

Pillkallen. Die am 20. Juli einberufene Mitgliederversammlung war gut besucht. Von den ortsanfässigen Kollegen fehlten nur vier und von den auswärtigen Wohnenden legten manchen einen 18 km langen Weg zurück, um zur Versammlung zu kommen, ein Zeichen, daß unfr. Kollegen an der Organisation großes Interesse haben. Kollege Borchert berichtete über die Verhandlungen in der Schlichtungskommission. Die Unternehmer hatten den Junggeheilen im ersten Gesellenjahr statt des tariflich vereinbarten Stundenlohnes von 7 3 nur 2 3 gezahlt. Nach mehrstündigen Verhandlungen erklärten sie sich bereit, den Junggeheilen im ersten Gesellenjahr 1 3 und denen im zweiten Gesellenjahr 1 3 pro Stunde zuzulegen. Unfr. in Frage kommenden Kollegen erklärten sich in der Versammlung damit einverstanden. Die Unternehmer äußerten nach Abschlusse dieses Vertrages mit uns keinen neuen Vertrag mehr abschließen zu wollen. Sie werden sich dies bis dahin aber nachsichtiglich noch überlegen. Kollege Geißler hielt dann einen Vortrag über: „Unfr. Organisation und ihre Erfolge im letzten Jahre.“ An der Hand reichen Zahlenmaterials stellte er die Erfolge und die Leistungen des Verbandes in bezug auf Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung des Lohnes, Kranken- und Sterbeunterstützung, Rechtschutz, Reiseunterstützung usw. dar, indem er dabei besonders eingehend den Gau Danzig herausschickte. Der Vortrag wurde sehr beifällig aufgenommen. Im Schluß des Vortrages ermahnte Kollege Geißler die Anwesenden, auch ferner fest und treu zur Organisation zu stehen und für deren weiteren Ausbau nach Kräften Sorge zu tragen. Beim Punkt „Beschäftigtes“ traten dann, wie gewöhnlich, wieder die persönlichen Antipathien der Kollegen untereinander zutage, die bei uns nun einmal bei aller sonstigen Einmütigkeit nicht aus der Welt zu schaffen sind, trotzdem sie für den Verband nur schädlich wirken. — Wir bemerken noch, daß es der einmütige Wunsch der Kollegen ist, daß uns Kollege Geißler bald wieder einen Vortrag hält.

Pirna. Am 31. Juli tagte im „Volksbau“ zu Pirna eine mächtig besuchte Mitgliederversammlung. Zum ersten Punkt der Tagesordnung referierte Kollege Paul aus Dresden über: „Die heutige Arbeiterbewegung während des Sozialistengesetzes.“ In leicht verständlicher Weise ließ der Referent die einzelnen Phasen vor, während und nach dem Schandgesetz Revue passieren. Daß die Pirnaer Maurer Verständnis für derartige Vorträge haben, bewies der Beifall, der den Redner für seine einheitsstündigen Ausführungen lohnte. Hieran schloß sich die Entgegennahme des Quartalsberichts und die Abrechnung vom zweiten Quartal. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Quartals 470. Neu eingetretene sind 44. Wegen rückständiger Beiträge wurden vier Kollegen gestrichen, und zwar Geißler aus Rangenswoldsdorf, Michael Ehrlich aus Neumarkt bei Pirna, Paul Großmann aus Cunnersdorf bei Pirna und Max Gahse aus Borna bei Gersdorf. Die Einnahme und Ausgabe der Hauptkasse betrug M. 4029,80. Die Einnahme der Lokalkasse M. 4772,95, die Ausgabe M. 632,15; mithin bleibt ein Kassensaldo von M. 4140,20. Die Wichtigkeit der Abrechnung wurde vom Vorsitzenden und den Revisoren bestätigt. Beim dritten Punkt der Tagesordnung war es wieder einmal die bekannte Firma F. Kemmiger-Pirna, die Grund zu lebhaften und berechtigten Klagen gab. Hauptächlich sind es die Entlassungen von Kollegen, während andererseits fortgesetzt Neueinstellungen erfolgen, auch die Behandlungsweise läßt viel zu wünschen übrig. Abordnungs trägt das feige und schamlose Verhalten einer Anzahl alleiniger Kollegen außerordentlich dazu bei, das Machtgefühl und das Selbstbewußtsein dieser Firma zu steigern. Da Baumeister Kemmiger zurzeit gezwungen ist, eine Anzahl unfr. Kollegen zu beschäftigen, die er in einer andern Periode sicher nicht beschäftigen würde, so ist unter diesen Kollegen auch der schlechteste Müll vorhanden, diesen miserablen Zuständen endlich einmal ein Ende zu machen. Es wurde beschlossen, bei der Firmung am 2. August in diesem Sinne vorstellig zu werden. Des weitern lag der Versammlung die weniger angenehme Aufgabe ob, sich mit dem verbandswidrigen Verhalten der Kollegen Wellmann und Schiefer zu beschäftigen. Beide wüßten in der Maschinenfabrik von Gebrüder Zeit in Pirna einen kleineren Neubau in Afford in die Höhe, trotzdem beide wußten, daß durch Versammlungsbeschlüsse Affordarbeiten in Afford verboten sind. Nach längerer, mitunter recht lebhafter Diskussion erfolgte der Ausschluß mit 22 gegen 17 Stimmen und zwei Stimmenthaltungen. Da aber die Versammlung der terminlichen Meinung war, daß zum Ausschluß mindestens eine Zweidrittel-Mehrheit notwendig sei, so betrachtete man den Antrag auf Ausschluß als abgelehnt; dagegen erklärte sich die Versammlung mit dem Antrag des Kollegen Seydler einverstanden, wonach beide eine Geldbuße von M. 20 an die Lokalkasse zu entrichten haben, und zwar bis spätestens Ende des Vertragsjahres 1909. Ob diese Angelegenheit nun hiermit ihr Ende gefunden hat, muß abgewartet werden.

Strahburg i. El. (Situationsbericht.) Die Hoffnung auf Besserung der Bauwirtschaft in diesem Jahre hat sich leider nicht bestätigt. Die Privatbauwirtschaft hat sich zwar etwas gehoben, dafür sind aber öffentliche Bauten, die uns in den letzten Jahren über das Schlimmste hinweghelfen, fast gar nicht vorhanden. Die Folge davon war, daß wir zeitweilig eine große Zahl Arbeitsloser zu berechnen hatten und daß sich viele Kollegen in der

näheren und weiteren Umgebung Strahburgs Arbeit suchen mußten. Dies wirkte selbstverständlich auch auf die Organisation zurück. Während wir im zweiten Quartal des vorigen Jahres noch 1056 Mitglieder hatten, ist die Zahl in diesem Jahre nur 950. Auch die Beitragszahlung Quartal pro Mitglied kann zehn Werten umgekehrt. Die größte Schuld daran trifft viele auswärtig wohnende Kollegen, die hier umgelandet, aber mit ihren Beiträgen im Rückstand sind. Recht traurig sieht es mit dem Bezug der Versammlungen aus. Mit Ausnahme einiger Orte war nirgend eine Versammlung zusammen zu bekommen. In Strahburg selbst war nur die Versammlung, die sich mit der Vertragsfrage befaßte, einigermaßen gut besucht. In den Bahnhöfen haben nur die Kollegen von Wischheim, Frühheim und Schillingheim ein etwas besseres Interesse gezeigt, und daran sind die Unternehmer schuld, die den Kollegen dieser Orte für ihre Raubzeit und Gleichgültigkeit eine Lohnherabsetzung von 2 3 androhten. Mögen sich dies die Kollegen in Zukunft merken und besser auf dem Posten sein. In Wischheim, wo zumeist Kollegen der Bahnhöfe Gries beschäftigt waren, hatten wir Lohnforderungen eingereicht. Die Unternehmer gingen auf nichts ein, und da sich für den Streik nicht die notwendige Majorität fand, konnte nichts erreicht werden. Jeder hat ein Teil der Kollegen die Organisation verlassen, wodurch die Möglichkeit, dort etwas zu erreichen, sehr erschwert wird. Auch in Gagenau bestand die Wichtigkeit, eine Regelung der Arbeitsverhältnisse herbeizuführen. Bevor es jedoch möglich war, die Kollegen zusammen zu bekommen, war die beste Zeit vorüber. Hier sind es immer noch die Kollegen aus Weitzbruch, die uns hemmend im Wege stehen. Es ist endlich an der Zeit, daß die organisierten Kollegen in Weitzbruch mit diesen Leuten ein ernstes Wort reden. In Rehl sind ebenfalls Lohnforderungen eingereicht. Die Arbeitsgelegenheit ist dort günstig, und es liegt nur an den dort beschäftigten Kollegen, ob etwas erreicht wird. — Im allgemeinen muß den Kollegen insgesamt gesagt werden, daß sie unbedingt mehr Interesse für die Organisation zeigen müssen. Vor allem aber muß der Versammlungsbesuch besser werden, damit mehr Aufklärung verbreitet werden kann. Recht gute Erfolge zeigten der Plattenleger- und der Kanalmaurerstreik. Bei ersterem handelte es sich um die Abwehr des Bestrebens der Unternehmer, den Vertrag zu verschlechtern. Diese Abwehr gelang auch vollständig. Bei den Kanalmaurern wurde ursprünglich die vertragliche Festlegung des üblichen Stundenlohnes von 65 3 gefordert. Die Unternehmer lehnten dieses ab, waren aber dann gezwungen, die erhöhte Forderung (70 3 pro Stunde) zu bewilligen. Beide Fälle zeigen, daß durch Einigkeit vieles erreicht werden kann. Mögen die Kollegen sich dies merken und in Zukunft fester als bisher zusammenhalten. Was die Verhältnisse auf den Bauten anbelangt, so kann gesagt werden, daß es teilweise besser geworden ist. Wir haben gemeinsam mit den Bauhilfsarbeitern das Baudelegiertenwesen neu geregelt. Immerhin gibt es noch eine Anzahl Bauten, die der gegenseitigen Kontrolle besser sein müßte. Vor allem sollten sich aber unfr. Kollegen mehr um die Bauhilfsarbeiter kümmern. Es ist kein gutes Zeichen, daß noch ein großer Teil von letzteren unorganisiert ist. Neben andern Ursachen tragen auch unfr. Kollegen daran Schuld, weil sie sich nicht um die Bauhilfsarbeiter kümmern. Was uns die Zukunft bringt, kann nicht gut im Voraus gesagt werden. Immerhin ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß wir im nächsten Jahre eine gute Bauwirtschaft haben werden. Der Streikendurchbruch beginnt am 1. Oktober. Für diese Wohnungen muß Ersatz geschaffen werden. Mit Unterstützung der Stadt werden 300 Wohnungen gebaut, die bis zum 1. Oktober nächsten Jahres fertig sein sollen. Auch Geschäftshäuser usw. werden gebaut; kurzum, fürs nächste Jahr sind die besten Aussichten vorhanden. Jedenfalls wird es auch in diesem Herbst noch etwas besser werden. Die Strahburger Kollegen haben also keine Ursache, trübe in die Zukunft zu schauen. Die Hauptsache ist, daß die Organisation so gestärkt wird, daß sie ihre Aufgabe auch in Zukunft erfüllen kann. Hieran mitzuarbeiten, ist Pflicht eines jeden Kollegen.

Weimar. Der Zweigverein hielt am 27. Juli seine von 36 Kollegen besuchte Generalversammlung ab. Zunächst erstattete der Kassierer den Kassensbericht vom zweiten Quartal. Die Hauptkasse hatte eine Einnahme und Ausgabe von M. 558. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von M. 329,19 und eine Ausgabe von M. 103,25, so daß ein Kassensaldo von M. 225,87 verbleibt. Davon sind auf der Sparkasse belegt M. 121. Die Mitgliederzahl betrug 96, das sind 19 weniger als im ersten Quartal. Eine Debatte fand nicht statt, jedoch konnte die Entlassung nicht erreicht werden, weil ein Revisor nicht mitgeprüft hatte und der zweite nicht anwesend war. Die Bekanntgabe der Bauteilhaftigkeit ergab folgendes Bild: Im Lohngebiet gab es 32 Unternehmer, die insgesamt 900 Maurer und 41 Bedienstete beschäftigten. Neubauten waren im Lohngebiet 80, davon waren im Ausschlag drei, in Keller sieben, im Barriere sechs, in der ersten Lage zwei, in der zweiten Lage drei, in der dritten Lage ein, im Dachstuhl zwei, im Rohbau fertig zehn, im Innenaufbau vier, im Außenputz neun und schließlich fünf Neubauten. Der Kollege Reichardt erstattete den Bericht über die letzte Zeit vor der Schlichtungskommission gelangten Beschwerden, die sich in der Hauptsache auf Zimmer bezogen. Schlimm ist es, daß die Unternehmer bei den Verhandlungen erklären konnten, die Maurer böten sich billiger an, als im Tarif festgelegt sei, besonders gelte dies im Frühjahr und Winter. Der Revisor übte scharfe Kritik an diesem Verhalten. Im Punkt „Beschäftigtes“ wurde zunächst das Verhalten einiger Kollegen, die sich räuberhaft betragen hatten, mißbilligend gerügt. Ein Vorschlag des Vorstandes, in nächster Zeit ein Flugblatt herauszugeben, wurde von der Versammlung gutgeheißen. Ueber die Mißstände auf den Bauten läßt sich ein ganzes Kapitel schreiben. Einige Worte haben wir photographieren lassen, um sie der Welt zu zeigen. Ein Antrag, die Bauarbeiterkommission zu ersuchen, sie möge eine öffentliche Bauhandwerkerversammlung stattfinden lassen, wurde ebenfalls angenommen. Als weiterer Delegierter in diese Kommission wurde Kollege Goral bestimmt. Zum Schluß wurden die Kollegen ersucht, sich mehr an der Politik zu beteiligen; besonders jetzt, nachdem die letzte Zeit so eindrucksvoll gelebt habe, wo der Weg hingebete, sei die Unterstützung der Sozialdemokratie Gegenpflicht eines jeden Maurers

Zempelburg. In unferm neu gegründeten Verein hielt Kollege Wehl einen Vortrag über das Thema: „Der Vertrieb am besten die wirtschaftlichen Interessen der deutschen Maurer?“. Der Vortrag fand lebhaften Beifall, daß der Verein jetzt 34 Mitglieder, die sämtlich in der Versammlung zugegen waren. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen sind in Zempelburg sehr schlecht. Dort gäßen die Unternehmer was sie wollen. Bauarbeiter weißt man überhaupt nicht. Dies veranlaßt die Kollegen, sich zu organisieren. Hoffentlich gelingt es noch in diesem Jahre, alle Zempelburger Maurer — auch die der Umgegend — dem Verband zuzuführen, damit an der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen energisch gearbeitet werden kann.

Wieder einmal die Italiener.

Aus Süddeutschland wird uns geschrieben: In der Nr. 31 des „Grundstein“ finden wir einen Aufruf: „An die Kollegen, worin die Erfolge der diesjährigen Agitation besprochen werden. Darin ist gleich am Anfang gesagt, daß die Steigerung der Mitgliederzahl im Süden viel langsamer vorwärts geht als im Osten und Westen des Reiches. Als Grund hierfür wird die unbefriedigende Bauaktivität angegeben. Dies trifft aber nur teilweise zu. Wohl ist es wahr, daß in der Mainzer und Wiesbadener Gegend, in Mannheim, Karlsruhe und einigen andern Gebieten große Arbeitslosigkeit unter den Bauarbeitern herrscht, aber es kann auch konstatiert werden, daß im südlichen Teil Württembergs, im Gebiet des Bodensees, im Schwarzwald und in Kohlingen eine sehr rege Bauaktivität zu verzeichnen ist. Und doch sind es gerade diese Gebiete, wo der Organisationsgedanke sich nur langsam Bahn bricht, was freilich für den Einzelgewerbeten schon lange kein Rätsel mehr ist. Man betrachte sich doch nur einmal die Zusammensetzung der dortigen Bauarbeiterchaft. Die ansässigen Maurer und Bauarbeiter sind zumeist auf den die Städte umgebenden Dörfern wohnhaft, wo sie eine kleine Randwirtschaft betreiben. Sie sind im allgemeinen der Organisation schwer zugänglich, geben sich mit jedem Lohn zufrieden und sehen im Streiker so etwas wie ein höheres Wesen. Da aber die einheimischen Arbeitskräfte niemals ausreichen, so sind die Unternehmer gezwungen, fremde Maurer heranzubolen, und so finden wir hier unsere alten Freunde, die Italiener, sehr zahlreich vertreten. Daß diese fördernd auf die Entwicklung der Organisation einwirken, glaubt wohl niemand; eher bemerken sie das Gegenteil. Besonders in der letzten Zeit nimmt diese Gesellschaft ein Saitung ein, die zu den schärfsten Gegenmaßnahmen herausfordert. Auf alle Anforderungen zum Eintritt in die Verbände antworten sie mit Spott und Spöln, ja, wo sie sich's erlauben können mit Drohungen und Denunziationen. Konstant am Bodensee z. B. ist gegenwärtig voll von Italienern, die seelenergnügt die durch den Verband der Maurer auf friedlichem Wege erzwungene Lohnerhöhung von 5/3 einfordern, aber ebenso seelenergnügt abends über die nahe Schweizer Grenze ziehen und trotz aller Agitation Verband nicht lassen. In Göttingen in Württemberg stehen den vollständig organisierten deutschen Maurern eine große Anzahl unorganisierten Italiener gegenüber, die in der unverschämtesten Weise die tariflichen Abmachungen mißachten, indem sie 11 Stunden und in Afford arbeiten. In Mühlhausen im Elsaß hat der Zweigverein des Christlichen Verbandes festgestellt, daß annähernd 100 italienische Arbeiter bedeutend unter dem Tarif arbeiten und sich den Teufel um alles was Organisation heißt kümmern. Die Christlichen haben dort in mehreren Zeitungsartikeln sowie in einer öffentlichen Versammlung den Ausschluß der Italiener von allen städtischen Bauten gefordert. Ebenda wird eine Ringbahn ausgeführt, wo für die Erdarbeiter anstatt des tariflichen Lohnes von 60/3 nur bis zu 45/3 bezahlt werden. Dem Unternehmer ist nicht beigekommen, weil die dort beschäftigten Italiener nur zum Feinsten sich organisiert sind und die übrigen trotz aller Mühe sich ablenken verhalten. In Dinglingen bei Bahr führt eine Straßburger Firma einen Straßenbau aus, wo ausschließlich Italiener beschäftigt werden, die von morgens fünf bis abends neun Uhr schuften. Deutsche werden dort überhaupt nicht eingestellt. Die tariflich festgelegte Arbeitszeit beträgt zehn Stunden. Am schlimmsten sieht es in Weß aus. Hier ist eine ganze Anzahl Italiener ansässig. Alle haben sie vor drei Jahren begeistert die Unterhütungen des Maurerverbandes eingestrichelt, während sie sich jetzt als „Anarchisten“, „Syndikalisten“ und weiß Gott was für „isten“ aufspielen — alles wegen der Beiträge. Diese Beispiele ließen sich beliebig vermehren; aber schon die angeführten werden genügen, um zu zeigen, daß gegen diese Gesellschaft andre Maßnahmen nötig sind. Alles gültige Zureden hilft hier nichts. Der Charakter der lateinischen Massen ist nun einmal jeder Disziplin abhold und nicht eher werden wir die Italiener, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, zur Organisation bewegen können, ehe sie nicht dazu gezwungen werden. Aber hier liegt ja eben die Schwierigkeit. Die überzeugten Kollegen in diesen Gebieten sind allein zu schwach, um einen Druck ausüben zu können. Sie sehen sich von ihren übrigen ansässigen Kollegen, wenn nicht immer bekämpft, so doch gänzlich im Stich gelassen, und das wissen die Italiener genau. Gibt es denn nun gar kein Mittel, um hier wiederum zu schaffen? Es gibt eines und das besteht darin, daß die arbeitstüchtigen Kollegen anderer Gebiete, anstatt zu Hause wochenlang auf Arbeit zu warten, sich in diese zurückgebliebenen Orte begeben und die Arbeitsstellen besetzen. Hier kämen vor allen Dingen die ledigen Kollegen in der Nähe größerer Städte wohnen. Für sie kann es doch im Grunde genommen gleich sein, ob sie ein paar Stunden näher oder weiter von ihrem Wohnort arbeiten, und für die Ledigen schadet es gar nichts, wenn sie sich ein bißchen die Welt ansehen. Hiedurch würde einmal der Arbeitsmarkt zugunsten der beschätzten Kollegen entlastet und zu gleicher Zeit hätten die leitenden Kollegen an den in bezug auf Organisation zurückgebliebenen Orten an den Zugereisten eine wirksame Stütze; die Italiener aber könnten sich nicht in so raffinierter Weise der Organi-

ation entziehen. In Württemberg und Baden ist ja den Arbeitnehmern staatlicher Arbeiten die Verpflichtung auferlegt, vor allen Dingen einheimische Arbeitskräfte einzustellen. Natürlich darf es dann nicht vorkommen, daß schon nach ein paar Tagen die Arbeit wieder niedergelegt wird, „in den Ecken gehauen wird“, wie der technische Ausdruck lautet. Hierin sind hauptsächlich die wandernden norddeutschen Kollegen groß, die jeden Augenblick bereit sind, Feiertagen zu machen, wenn ihnen mal etwas nicht paßt. Diese Kollegen denken nicht daran, welchen Schaden sie damit anrichten, indem sie den Unternehmer gezwungen zur Einstellung von Italienern drängen. Der Unternehmer hat ein Interesse daran, möglichst ununterbrochen die Arbeit fertigzustellen, und es kann ihm natürlich nicht gleichgültig sein, ob er alle Tage andre Gesichter auf der Baustelle sieht. Dasselbe Interesse haben aber auch die Italiener, die möglichst lange an einem Orte verweilen wollen, denn jeder Ortswechsel bringt ihnen unnötige Ausgaben. Das ist auch einer der Gründe, warum die Italiener in Deutschland gewissen Gebieten den Vorzug geben. Es wird ja sofort der Einwand erhoben werden, daß es sich nicht rentiert, nach auswärts zu gehen, da ja gewissermaßen zwei Haushaltungen geführt werden müssen. Aber niemand wird bestreiten wollen, daß es immerhin noch besser ist, wenn die Familie die Hälfte des gewöhnlichen Arbeitsverdienstes erhält, als wenn sie wochenlang gar nichts hat, und zudem sollten es die ledigen Kollegen als ihre moralische Pflicht ansehen, den Verbetretenen Platz zu machen, indem sie sich auswärts Arbeit suchen. Was nun die Italiener anbetrifft, so mögen alle Kollegen, die mit ihnen in Bekürzung kommen, ihre Agitation verdoppeln und etwas energischer vorgehen. In einzelnen Orten ist dies ja im Laufe des Sommers geschehen, z. B. in Zellbronn, Börsach und einigen andern Städten, aber so muß überall gearbeitet werden. Was man uns immerhin im An- und Auslande Nationalisten, energischer und unspätialischer scheuten, wenn wir diese unorganisierten Massen bekämpfen; soweit kann die internationale Solidarität doch nicht gehen, daß man ruhig zuseht, wie Ausländer die mit schwerem Opfer erzwungenen Tarife mit Füßen treten. Und zudem braucht man auch nicht allzu sentimental zu sein, geht doch aus dem amtlichen italienischen Arbeitsblatt hervor, daß augenblicklich in einer ganzen Reihe italienischer Städte Arbeitermangel im Bauwesen herrscht. Daraus ergibt sich, daß eine große Zahl italienischer Auswanderer zu Hause Arbeit finden könnte, wenn sie nur wollte. Solange wir die Italiener bei uns ungehört scharfen und walten lassen, solange werden sich weder die italienische Regierung noch die besitzenden Massen Italiens ernsthaft um die Entwicklung des Landes bemühen. Mögen die Kollegen die paar noch verbleibenden Monate dazu benutzen, energisch an die Italiener heranzutreten und sie an die Pflichten im fremden Lande erinnern.

Fliesenleger.

Breslau. Am 27. Juli kündigten uns die Unternehmer den vorigen Jahre bis zum 1. September d. J. verlängerten Tarif. Als Grund zur Kündigung hielten sie ihre übergroße Liebe zu den Begern hervor. Sie schrieben uns nämlich folgendes:

An den Vorstand der Section der Fliesenleger, zu Händen Herrn Ernst Meyer, hier.

Da mit dem 1. September d. J. der bestehende Tarif abläuft, so haben die unterzeichneten Firmen einen neuen Tarif aufgestellt und unterbreiten wir Ihnen denselben in der Anlage mit dem Zusatz, daß wir, gezwungen durch die allgemein ungünstige Marktlage und mehr noch durch die weit billigeren Lohn- und Affordverhältnisse in der K r o - b u n g, speziell im arbeitsreichen Ober-Silesien, uns leider genötigt sehen, viele Säge zu reduzieren, wobei wir uns doch in Festimmung derselben von der Kassage leiten ließen, daß die Leger bei Anwendung der neuen Tarifpreise immer noch den üblichen Tagelohns bequemer erziehen und darüber hinaus verdienen können. Es wird Ihnen nicht unbekannt sein, daß speziell die ober-silesischen Händlerfirmen, deren es heute schon eine große Anzahl gibt, immer mehr das Geschäft an sich reißen und die Breslauer herausdrängen, und gelangt Ihnen dies leider nur zu oft, und zwar lediglich durch die weit billigeren Arbeitskräfte, die der Preisernis der Kost- und Wohnungsgeldzulage sowie der Erbsparnisse. Die Folge ist natürlich, daß die hiesigen Leger nicht mehr voll und genügend beschäftigt werden können; das wird sich künftig noch immer fühlbarer bemerkbar machen. Wir sind überzeugt, daß selbst bei den neuen Tarifssätzen ein Konkursieren mit den auswärtigen Firmen daher um so höher, daß Sie in richtiger Erwägung dessen sich davon absehen lassen, daß bei Aufstellung des neuen Tarifes keinerlei Preis bezw. Rohndividende die Rolle spielen, sondern nur eine wohlgeleitete Fürsorge für die Möglichkeit einer weiteren, dauernden Beschäftigung für unser Lagerpersonal, woran wir doch beiderseitig interessiert sind. Wir bitten, von diesem Gesichtspunkte aus den Inhalte unseres neuen Tarifentwurfs zu prüfen und sehen einer Annahmefestigung gern entgegen. Eventuell stehen wir auch zur gemeinsamen mündlichen Rücksprache zur Verfügung. Achtungsvoll

(folgen Unterschriften von sechs Firmen, eine Firma hat nicht unterzeichnet).

Zugleich mit diesem Kündigungsschreiben kam der von den Unternehmern ausgearbeitete neue Tarifentwurf, der in allen Punkten eine Lohnerhöhung von 20 pzt., in einigen Punkten sogar bis 30 pzt. vorstelt. Kost- und Schlagsold wollen die Unternehmer uns gültig 20 pzt. bei Fußboden und 15 pzt. bei Wandarbeiten gewähren. Reifezeit soll überhaupt nicht bezahlt werden. Der ober-silesischen Konkurrenz wegen will man uns zumuten, die Kosten zu bezahlen, damit das Unternehmertum noch mehr Profit in der Lage festsetzen kann, und das gerade zu einer Zeit, wo die neuen Steuern in Kraft treten. Aber so leicht lassen sich unsere Kollegen nichts tauben. Wir haben als Antwort ebenfalls einen Tarifentwurf eingereicht, der höhere Preise als der jetzt ablaufende vorstelt; ebenso soll

bei jeder Affordarbeit, wenn dieselbe durchaus sein muß, der Stundenlohn garantiert werden. Nun wird es an unsere Kollegen liegen, sich bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen. Da wird natürlich die bisherige Schlafmüdigkeit aufhören müssen. Gätten unsere Kollegen manchmal mehr Muthes sein, dann würden sich die Unternehmer gar nicht erdreisteten haben, uns einen solchen Tarif anzubieten. Nun, Breslauer Kollegen: alle Mann in den Verband und fleißig alle Versammlungen besuchen, dann werden wir imstande sein, der Willkür der Unternehmer entgegenzutreten.

Isolierer und Steinholzleger.

Berlin. Am 2. August fand hier wieder eine sehr gut besuchte Versammlung der Steinholzleger statt, in der Kollege Lehmann den Bericht über die weiteren Verhandlungen mit den Unternehmern gab. Die Fabrikanten haben den Vorschlägen, wie sie in unserer letzten Versammlung gemacht worden, zugestimmt. Trotzdem waren einige Kollegen mit dem Erreichen noch nicht zufrieden, sondern bemängelten verschiedene Punkte, die nach ihrer Ansicht noch ausgemergelt werden müßten. Kollege Lange machte demgegenüber geltend, wir könnten doch heute nicht noch einmal mit neuen Vorschlägen an die Fabrikanten herantreten, nachdem man in der letzten Versammlung die letzten Forderungen an sie gestellt habe. Man sollte sich vergegenwärtigen, daß das, was wir bisher erreichten, uns ohne jeden Kampf gelungen sei. Wenn wir auch unsere Wünsche nicht ganz durchsetzen konnten, so sei doch ein ganz bedeutender Erfolg zu verzeichnen. Er appellierte an die Kollegen, das Erreichte stets hochzuhalten. Dies könne aber nur geschehen, wenn jeder einzelne darüber wache und seine Pflichten in der Organisation erfülle. Alsdann wurde mit übergroßer Majorität den tariflichen Bestimmungen zugestimmt, womit die Lohnbewegung erledigt ist. Der Stundenlohn eines Legers beträgt nun 76/3, der eines Hilfsarbeiters 57/3. Vom 1. April 1910 ab beträgt der Lohn für Isoler und Bekleidungsarbeiter 80/3, für Hilfsarbeiter, Isoler, Isoler und Bekleidungsarbeiter 60/3, (sonst 60/3). Der Arbeitsnachweis des Verbandes ist anerkannt, und es darf kein Leger oder Hilfsarbeiter von den Firmen eingestellt werden, solange noch Arbeitskräfte auf unserem Nachweis vorhanden sind. Die Randzulage erhöht sich von 2/3 auf 2,25 respektive von 2,50 auf 2,75. Bei den näheren Vororten, wo die Kaufzeit bisher gar nicht bezahlt wurde, wird eine Stunde, bei den weiteren, wo bisher eine Stunde bezahlt wurde, werden jetzt jede Stunde Fahr- und Kaufzeit bezahlt. Ebenso wird das Fahrgeld bezahlt. Der Tarif hat Gültigkeit bis 1. August 1911 und muß spätestens am 15. Juli gekündigt sein, sonst tritt eine Verlängerung auf ein Jahr ein. Kollege Lange wies dann auf den Generalstreik in Schweden hin. Die Versammlung bewilligte 100 zur Uebernehmung an die Generalcommission. Nach Erledigung einiger Aufnahmen war Schluss der Versammlung.

Salle. Am 31. Juli fand hier die Versammlung der Isolierer statt, in der u. a. auch die Veröffentlichung des Berichtes der Dresdner Zahlstelle scharf kritisiert wurde, da durch den Bericht nur Verwirrung in unsern Reihen angerichtet wird. Der Kassierer gab den Kassierbericht vom zweiten Quartal, der von den Revisionen für richtig befunden wurde. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Der Geschäftsleitung wurden weitere Mittel zur Unterstützung zur Verfügung gestellt. Die nächste Versammlung findet am 14. August statt.

Zentralkrankenkasse.

(„Grundstein zur Einigkeit“)

In der Woche vom 1. bis 7. August sind folgende Beträge eingegangen: Von der brüchigen Verwaltung in Hamburg 10 750, Jahnstr. 400, Reisterweg 300, Rothemühl 300, Grünau 200, Dunsau 200, Dorfmühl 200, Hermsdorf 175, Zehlendorf 150, Teltow 150, Fegel 100, Zehlendorf 100, St. Marienberg 100, Gelle 100, Räderstr. 100, Gellert 100, Stammhagen 100, Stabenhagen 100, Hünchberg 100, Bodend 60, Wehlar 50, Remberg 50, Erbstadt 50, Badrina 50, Summa 10 405.

Zufußge erlitten: Gannath 100, Minden i. Westf. 300, Karlsruhe i. Baden 300, Straußberg 150, Gollenen 150, Dohheim (Krythonorar) 128,80, Saarmund (Krythonorar) 129,75, Waldmühlberg 100, Reinfel 100, Gutzlagen 100, Bierstadt 60, Summa 10 181,61.

11. u. 12. 7. August 1909.

Karl Reith, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Anfälle, Arbeiterschutz, Submissionen usw.

Kollegen! Unterlaßt nie, von Anfällen, Bauchstürzen, überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Bauten schnellstens einen schriftlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Zur Beachtung!

Die Vertrauenspersonen der hauseigenen Arbeiter werden dringend ersucht, an den Unterzeichneter bis zum 16. August die ausgefüllten Zusammenstellungsformulare der Sommerkontrolle einzusenden.

G. Seintz, Hamburg 1, Wendenbüchelhof 56.

Ach en. Der Eisenbahnbau hat den hiesigen Bauarbeitern schon oft Veranlassung zu herben Worten der Kritik gegeben, und mancher Arbeiter hat die Unzufriedenheit der Unternehmer mit seinen gewunden Knochen bezahlet müssen. So auch wieder am 2. August. Bei den dort vorgenommenen Sprengarbeiten kamen zwölf Personen schwer zu Schaden. Die Lokalblätter berichten, daß die Leute der Aufbahrung, sich weit genug von der Stelle zu entfernen, nicht nachgekommen, sondern hinter einem Wagen Schutz gesucht und dort von den Sprengstücken erreicht worden seien. Ans wurde aber mitgeteilt, daß die Antreiberei eine sehr große und den Arbeitern

nicht genügend Zeit gelassen worden sei, um sich weit genug zu entfernen. Hoffentlich wird die Untersuchung die Wahrheit ergeben. Dem Arbeiter Maß. Gooten aus Geer bei Maffitz wurde der ganze Unterkiefer und ein Teil des Oberkiefers weggerissen. Sein Zustand ist sehr bedenklich. Wenn bei den andern auch eine unmittelbare Lebensgefahr nicht vorliegt, so sind die Verletzungen immerhin erheblich. Die meisten der Verletzten sind junge Statikern und Bosmaten. Bei dem Unglück zeigte es sich wieder, wie vernünftig die Forderung der Arbeiter nach Verbandmaterial ist; denn auch hier fehlte wieder sozusagen alles, wodurch die erste Hilfeleistung sehr erschwert wurde.

Brandsch. Am 29. Juli ereignete sich beim Bau eines Arbeiterwohnhauses, das der Bauverein auf dem Bramfcher Berge errichtet läßt, ein schweres Baumglück. Drei Zimmerer und ein Lehrling des Zimmermeisters Mollerich begannen noch um 5 Uhr abends das Haus zu richten, und da es noch an diesem Abend fertig werden sollte, leisteten auch Maurer Hilfe. Mit übergroßer Hast und unter Aufsicht und Kreißeln des Zimmermeisters wurden die Balkenlagen gelegt und das Dachholz aufgestellt, und zwar soll das Geschieben sein, ohne die Balkenlagen erst zu befestigen. Die wenigen Streben, die an dem Dachholz befestigt waren, konnten nicht verhindern, daß ein einziehender Nordsturm das ganze Dachwerk mit Balkenlagen umriß. Zwei Maurer und ein Zimmerer wurden schwer, wenn auch glücklicherweise nicht lebensgefährlich, und ein Zimmerer und ein Maurer leicht verletzt. Wären die Balkenlagen und das Sparrenwerk genügend befestigt gewesen, wäre das Unglück vermieden worden. — Gattinme Jankowitsch in bezug auf Bauarbeiterhaftung bestehen auch auf dem Bau des Unternehmens Wärmann an der Genterstraße. Obgleich der Bau schon sechs Wochen geruht ist, ist bis jetzt weder der Keller noch die Balkenlage abgedeckt. Der Transport der Materialien geschieht dort auf zwei quer über die Kellerträger gelegte Holzbohlen.

Praxis. In Kotschowo bei Wittow stürzte am 5. August der Brennermeister des Mittelzuckerwerks Mutoschinski ein. Zehn Personen wurden beschützt, von denen vier Personen schwer verletzt geborgen wurden. Zwei Verletzte waren zur Stelle. Mit den Aufwundungsarbeiten wurde sofort begonnen. Der Neubau wurde unter Aufsicht des Bauleiters Schmidtkeits aus Gosen errichtet.

St. a. d. S. Nach einer amtlichen Meldung ereignete sich am 5. August auf dem hiesigen Personenbahnhof ein bedauerlicher Unfall. Die Gallenfraktion des Berliner Bahnhofs erhält zurzeit einen neuen Anstrich. Zu diesem Zwecke ist an der Gallenfraktion der Halle ein Gerüst angehängt. Als die Maler das Gerüst auf einer Leiter verlassen wollten, brach eine Gerüststange, und es fielen fünf Mann aus einer Höhe von vier bis fünf Meter auf den Bahnhofsplatz. Von diesen erlitt einer, der Polier Otto Teschner aus der Mittelstraße 17, eine schwere, die andern vier leidliche Verletzungen. Die Verunglückten wurden der Universitätsklinik zugeführt. Der Unfall ist in der Hauptsache auf übermäßige Belastung zurückzuführen, da sich gleichzeitig 20 bis 30 Mann an der Bruchstelle zusammenbrängten, die wegen der Frühstückspause das Gerüst verlassen wollten. Das Gerüst ist von den vereinigten Malermeistern in Halle a. d. S. geliefert und aufgestellt. Die amtliche Untersuchung ist im Gange.

R. u. b. g. Am 7. August stürzte am Schulhausneubau an der Meißnerbrunnstraße der 63 Jahre alte Steinhauer Hombelmeier ab, wobei er sich ansehnlich schwere innere Verletzungen zuzog. Der städtische Bauinspektor Reich hatte aus der Klüftung einen Nagel herausnehmen lassen, um das Aufsteigen besser anhalten zu können. Sinterher wurde der Bewegungsmittel mit einem Kollegen auf Geheiß des Bauinspektors vom Polier Schranz auf die Klüftung geschickt, um einige Steine abzulagern. Als Hombelmeier über die Stelle ging, wo der Nagel herausgenommen war, kippten die Dielen, die auflagert waren, auf und H. stürzte ab. Der Bauinspektor machte hinterher einem Tagelöhner Vorwürfe, weil er den Aufstiegender nicht mit den Armen auffing. Der christlich organisierte Polier Schranz aber äußerte sich auf folgende christliche Weise: „Gestern hat man den alten Lumpen eingestiftet, heute fällt er hinunter. Wenn sie nur einmal alle betteden würden, die alten Schlacken. Das beste wäre, man ginge hinunter und gebe ihm (dem Abstürzenden) noch ein paar Tritte, daß er garh'n war!“ Das Verhalten des Bauinspektors und des Poliers zeigt, welche Leute berufen sind, die Aufsicht auf städtischen Bauten zu führen.

W. a. n. e. Am 29. Juli stürzte das innere Rückgerüst an dem Neubau der Hofstraße auf Berge Königsruhe infolge eines Baumbruchs zusammen. Drei Personen stürzten aus einer Höhe von 8 bis 4 m ab und wurden von den nachkommenden Gerüstbauern und Kalkfassen verletzt. Während ein Maurer und ein Monteur mit leichten Hautabwundungen davonkamen, brach der Maurer Käta ansehnlich beide Beine. Der Unfall soll auf eine Ueberlastung des Gerüsts zurückzuführen sein.

Ein gewissenloser Bauunternehmer ist der Baumeister Joh. Geiß in Heroldsberg. Im Sommer 1907 errichtete er an genannten Orte ein zum Verkauf bestimmtes Wohnhaus. Der jetzige Eigentümer dieses Hauses entdeckte gleich nach dem Bezug desselben, daß ein Balken von 3,80 m Länge aus zwei Teilen zusammengesetzt war. Er verständigte den Bezirksbaumeister und dieser erstattete Anzeige, als Geiß sich weigerte, diesen Zustand zu beheben. Vor dem Landgericht N. u. b. g. hatten sich nun wegen gemeinsamer Vergehens der Baumeister Geiß, der Zimmermann Michael Babelin und der vermittelnde Zimmermeister Mollerich aus Heroldsberg zu verantworten. Geiß versuchte, die ganze Last der Verantwortung auf den 21jährigen, jeder technischen Vorbildung baren Babelin abzuwälzen. Dieser hätte die Leitung des Baues in Händen gehabt und hätte auch ein wenig mehr Lohn als die übrigen Arbeiter erhalten. Auf dem eingereichten Bauplan war aber Geiß als Bauunternehmer und Bauleiter bezeichnet. Geiß behauptete weiter, er habe von dem Aufschwitzer erst im Jahre 1908 Kenntnis erhalten. Es stellte sich aber heraus, daß Geiß sofort davon unterrichtet wurde, der mit ein paar Brettern zusammengesetzt war, noch einige Klammern einzuschlagen. Der Bezirksbaumeister

als Sachverständiger stellte fest, daß es sich bei diesem Wohnhaus um einen Spekulationsbau handle. Bei solchen Bauten würde von den Baumeistern an Material nach Kräften gespart und immer ein sehr schlechtes Gebäl verwendet. Der Balken zeigte sich von solch bodenlos leichtsinniger Bauart, daß er dem Geiß als erfahrenem Baumeister eine solche Handlungsweise nie zugeztraut hätte. Ein Balken wie dieser, frei in der Luft hängend, ohne jeden Stützpunkt und aus zwei Stücken zusammengesetzt, dabei nicht einmal abgeplatzt, sondern stumpf zusammengefallen, könne für die Bewohner des Hauses zum größten Anlaß werden. Dies sei um so leichter möglich, da es kein dem Auge sichtbar, sondern ein durch Fußbodenbreter bedeckter Fehler sei, um den es sich hier handelte. Der Staatsanwalt beantragte in Anbetracht der gewissenlosen und allen Bauregeln widerstrebenden Verletzung für Geiß eine Geldstrafe von 200 eventuell 30 Tage Gefängnis, für Babelin 100 Geldstrafe oder zehn Tage Gefängnis und für Mollerich 30 Geldstrafe oder vier Tage Gefängnis. Das Gericht sprach Mollerich frei, da er nur einfaßer Arbeiter sei und sich den Anordnungen des Bauherrn fügen mußte, dagegen wurde Babelin zu einer Geldstrafe von 200 eventuell zwei Tagen Gefängnis verurteilt, weil er in gewissem Sinne als Vaupeiler in Betracht kam. Für Geiß blieb die Strafe beim Antrag des Staatsanwalts. — Dieser Fall zeigt wieder einmal, wie wenig sich ein auf der Jagd nach dem Golde befindlicher Baupeuliant aus Menschenleben macht.

Amerikanische Baukunst. Ein neues Weltwunder amerikanischer Baukunst soll im nächsten Jahre New-York erhalten, ein „Haus“ von 62 Stockwerken und nicht weniger als 800 m Höhe. Der Bau, der für die Equitable-Lebensversicherungsgesellschaft errichtet wird, wird nach den Plänen des Chicagoer Ingenieurs W. r. n. h. a. m. aus Stahl und Beton hergestellt. In dem Gebäude sollen 6000 Geschäftsräume untergebracht werden. Es besteht zunächst aus einem ungeheuren, 35 Stockwerke hohen Mittelteil mit 40 Fenstern Front nach jeder Seite. Aus der Mitte dieses Mittelteils steigt ein zweiter, etwas schmalerer, mit 16 Stockwerken und 30 Fenstern Front nach jeder Seite auf. An den vier Ecken, 20 m über dem Straßenniveau, erheben sich hübsche Säulenhallen mit aufgesetzten Nischenarkaden. Über den Mittelbau steigt ein noch schmalerer dritter empor mit neun Stockwerken und neun Fenstern nach jeder der vier Seiten. Darüber kommt als Dach eine an 60 m hohe Steilpyramide mit hübschen vorspringenden Mandarinen und zusammen 80 Fenstern. Im ganzen entfällt dieses fächerförmige Langhaus also 8000 Fenster. Die Krönung des Ganzen bildet ein Säulenhallen, so hoch und breit wie eines unserer vierstückerigen Häuser, und darüber ein gerippter steiler Dom. Der Säulenhallen wird von Terrassen umgeben, und auch die Dächer des unteren und mittleren Hauses werden Terrassen bilden, die zu Dachgärten eingerichtet, den Bewohnern des 35. bis 60. Stockwerks Gelegenheit zu Promenaden geben, ohne daß dieselben nach New-York hinunterfahren brauchen. Das Gebäude wird 38 elektrische Aufzüge erhalten, darunter 24 für den „Kotabverkehr“, die bis zum zwölften Stockwerk in jedem einzelnen Stockwerk anhalten. Andere werden diese zwölft Stockwerke durchfliegen und dem Kotabverkehr zwischen dem 13. und 20. Stockwerk dienen. Die übrigen sind für den Fernverkehr bestimmt mit der ersten „Station“ im 30., 50. oder 60. Stockwerk. Die Pläne zu diesem Wollentwurf, dessen Nischenhaftigkeit alle ähnlichen Bauwerke weit hinter sich läßt, und dessen Höhe nur wenige Meter hinter dem Pariser Eiffelturm zurückbleibt, liegen dem New-Yorker Magistrat bereits vor, und es ist kein Zweifel, daß auch dieses Projekt wie alle früheren genehmigt wird.

Gewerkschaftliches.

Ein Appell. Die Anwesenheit des Präsidenten der American Federation of Labor, Samuel Gompers, in Europa, lenkt die Aufmerksamkeit wieder auf den Boykott als Waffe im Kampfe der Gewerkschaften gegen rücksichtslose Unternehmer. Die amerikanischen Arbeiter bedienen sich des Boykotts seit 35 Jahren. Alle die berechtigten Entscheidungen des Bundesgerichts der Vereinigten Staaten gegen die Arbeiter wurden herbeigeführt durch Boykotts, die gegen den organisierten Arbeiter feindselig gestimmte Firmen geführt wurden. Viele Schadenersatzklagen wurden gegen die Arbeiterorganisationen angehängt, und die Führer der Arbeiter wurden selbst zu Gefängnisstrafen verurteilt, weil sie in Gewerkschaftsorganen Listen arbeiterfeindlicher Firmen veröffentlichten. Eine solche der Arbeiter feindselig gestimmte Firma ist die Dutterick Publishing Company (bekannt als der Schnittmustertrust), die ihre Erzeugnisse über die ganze Welt verbreitet. In Deutschland sind ihre Zeitungen unter den Titeln „Moden-Neuzeit“, „Dutterick's Moden-Album“ und „Dutterick's Moden der Hauptstadt“ bekannt. Dieselben enthalten Abbildungen und Beschreibungen von Moden, von deren Verbreitung der Verkauf ihrer Kleider-Schnittmuster abhängt. Wenn die deutschen Arbeiter sich weigern, die „Moden-Neuzeit“, „Dutterick's Moden-Album“, „Dutterick's Moden der Hauptstadt“ sowie auch alle Schnittmuster der Dutterickgesellschaft zu kaufen, wird diese gierige Korporation, die dem Arbeiter das Mark aus den Knochen saugt, um ihre unerfüllliche Geldgier zu befriedigen, ihren Arbeitern gegenüber bald einen andern Standpunkt einnehmen müssen.

Generallstreik in Schweden.

Die Taktik der schwedischen Unternehmerorganisationen geht seit Jahren darauf hinaus, selbst die kleinste Kämpfe der Arbeiter durch Massenausperrungen lahmzulegen. Bereits im Jahre 1906 kam es durch diese Taktik zu einer Generalausperrung in der schwedischen Eisen- und Metallindustrie, von der ca. 20 000 Arbeiter betroffen wurden. Nach fünfmonatigen Kampfe wurde dieser zugunsten der Arbeiter entschieden. Inzwischen waren diese Ausperrungen in jenen Jahren noch beruflicher Art. Seit 1905 aber haben sich die Verhältnisse dort gewaltig geändert; die Unternehmerorganisation ist nicht nur beruflich erstarkt, sondern auch ihre Zentralisation ist nahezu bis zur letzten Konsequenz durchgeführt. Die Taktik dieser zentralisierten

Unternehmerorganisationen geht nun darauf hinaus, durch Massenausperrungen die Beschreibungen der Arbeiter auf Verbesserung ihrer Lage zu verhindern. Konsequenz hat die Unternehmerorganisation in den letzten Jahren darauf hingearbeitet, eine Generalausperrung zu organisieren, um auf diese Weise einen vernünftigen Schlag gegen die Gewerkschaften zu führen. Die gegenwärtige Krise erscheint nun dem Unternehmertum für die Ausführung dieser Absicht geeignet. Bereits während der Frühjahrsstämpfe im Stockholmer Baugewerbe wurde ein Ultimatum an die Arbeiterhaft gestellt, wonach sämtliche in dem schwedischen Baugewerbe beschäftigten Arbeiter ausgesperrt werden sollten, sofern sie sich nicht den Geboten der Unternehmerorganisation fügten, und im Hintergrunde lauerte bereits die Generalausperrung sämtlicher Berufe. Diese Ausperrung wurde damals verhindert durch ein geschicktes Eingreifen des offiziellen staatlichen Vermittlungsbeamten, der beiden Parteien genehme Vorschläge zur Beilegung des Kampfes machte. Die bereitete Ausperrung ließ die mächtigsten Unternehmerzentrale, den Schwedischen Arbeitgeberverein, nicht ruhen. Sie hat jetzt die Gelegenheit der Kämpfe im Schnebergewerbe und in der Zellulose-Industrie benutzt, um den von ihr lange gewünschten Schlag gegen die Gewerkschaften zu führen. Der Kampf im Schnebergewerbe betrifft ausschließlich vom Unternehmertum beabsichtigte Lohnherabsetzungen. Die Großfirmen der Zementfabrikation verlangen seit langem einen Reichsturz; in dem im Frühjahr geführten Verhandlungen aber wünschten sie diesen Reichsturz nur mit erheblichen Herabsetzungen der Zeit in den Lohnverträgen festgelegten Lohnnormen. Als die Arbeiter diese Forderung der Konfessionäre entschieden ablehnten, wurden sie am 24. Mai im ganzen Reich ausgesperrt. In der Zellulose-Industrie verlangen die Unternehmer u. a. ebenfalls, daß die Arbeiter eine Herabsetzung der Arbeitslöhne bis zu 400 Kronen pro Jahr in den Kauf nehmen sollen. Selbstverständlich können die Arbeiter bei der infolge der Agrarpolitik bestehenden Lebensmittelteuerung auf diese Forderungen der Unternehmer nicht eingehen. Ihre endgültige Ablehnung, der Unternehmerforderungen bekennterte die Unternehmerorganisation am 12. Juli d. J. mit der Generalausperrung sämtlicher in der Zellulose-Industrie tätigen Arbeiter. Ein weniger bedeutender Kampf spielte sich seit Wochen in der Wege- und Wasserbau-Industrie ab. Die Kämpfe in der Zellulose-Industrie und im Schnebergewerbe waren solange lediglich eine Sache der gegenseitigen beruflichen Organisationen der Unternehmer und Arbeiter. Am 14. Juli aber übernahm der Schwedische Arbeitgeberverein als Zentralorganisation der wichtigsten Unternehmerverbände der schwedischen Industrie die Führung. Er beschloß nun, seine lange gefegte Absicht, die Gewerkschaften durch einen Dienstkampf so zu schwächen, daß sie sich in allen noch unerledigten Prinzipienfragen unbedingt seinen Geboten fügen sollten, auszuführen. Folgendes Ultimatum wurde der Landeszentrale der schwedischen Gewerkschaften am folgenden Tage zugeandt:

„Falls nicht bis zum 28. Juli sämtliche Konflikte zu den von der Unternehmerzentrale anerkannten Bedingungen beendet sind, werden die Ausperrungen ausgedehnt: a) am 28. Juli auf die Holzschneidereien, die Textilindustrie und die Sägewerke; b) am 2. August auf die Eisenwerke. Wenn auch diese Ausdehnung der Ausperrungen ergebnislos bleiben sollte, ist der Vorstand zu weiteren Ausperrungen nach eigenem Ermessen autorisiert worden.“

Bis zum 26. Juli war eine Einigung nicht erzielt worden, weil die Unternehmerzentrale strikte auf ihren Forderungen bestand, die wiederum von der Arbeiterhaft aus den schon erörterten Gründen nicht angenommen werden konnten. So erfolgte also am genannten Tage die Ausperrung in der Textilindustrie, in den Holzschneidereien und Sägewerken. Betroffen wurden zunächst 60 000 Arbeiter. Weitere 80 000 Arbeiter der Eisenwerke wurden am 2. August ausgesperrt. Die Gewerkschaftsverbände traten nach Empfang des Ultimatum am 19. Juli zusammen und beschloßen, die allgemeine Ausperrung der Unternehmerorganisation nicht abzuwarten, sondern bereits am 4. August den Generalstreik im ganzen Lande zu proklamieren. War die in der Krankenpflege, in der Pflege lebender Tiere, in den Betrieben der Beleuchtung, Wasser- und Abwasserreinigung beschäftigten Personen sollten dem Generalstreik ausgenommen sein. Ferner wurde beschloßen, vom Tage des Generalstreiks an keine regulären Streikunterstützungen mehr auszusenden, sondern alle verfügbaren Mittel zur Milderung der Folgen des Kampfes, zur Abwendung der bittersten Not zu verwenden.

Inzwischen haben die Arbeitermassen den Kampf auf der ganzen Linie geradezu musterhaft aufgenommen. Bereits am 5. August betrug die Zahl der Streikenden eine Viertelmillion und am 6. August 800 000. Einige Organisationen (Buchdrucker, Eisenbahner, Gaswerkarbeiter usw.) hatten, dem Wunsch der Gewerkschaften entsprechend, zunächst beschloßen, sich an Ausstände nicht zu beteiligen. Durch die Proklamation der Behörden, die das Militär zusammenziehen, ist die Erbitterung dieser Arbeiter aber beseitigt, daß sie sich nun mit Lust vom Anschlag an den Generalstreik zurückhalten lassen. Die Arbeiter der Gas- und Elektrizitätswerke Stockholms haben bereits entgegen dem Willen des Landessekretariats, die Arbeit eingestellt, weil sie nicht unter Militärüberwachung arbeiten wollen. Die Buchdrucker, die unter einem Tarifvertrag arbeiten, beschloßen, das Streikverbot aus dem Tarifvertrag herauszufordern. Als die Druckereibesitzer darauf nicht eingingen, beschloß der Vorstand, die Buchdrucker im ganzen Lande zur Teilnahme am Ausstand aufzufordern. Die Haltung der Streikenden ist musterhaft. Nirgend konnten Ausschreitungen vor. Der Alkoholabsatz ist fast völlig eingestellt. Die Lebensmittel in den großen Städten begannen schon am fünften Streiktag knapp zu werden. Eine recht erfreuliche Solidarität über diejenigen Arbeiter, die auf Veranlassung der Organisationen weiter arbeiten, indem sie bis zu fünf Kronen wöchentlich an die Gewerkschaftszentralen abführen. Diese Gelder werden natürlich auf die Dauer nicht aus, auch nur die größte Not zu lindern. Die Kämpfenden appellieren deshalb an die Solidarität der Arbeiter aller Länder. Zudem wir auf den an anderer Stelle abgedruckten diesbezüglichen Aufruf der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hinweisen, geben wir der Hoffnung Ausdruck, daß die deutschen Arbeiter das ihre zum Gelingen dieses Nischenkampfes beitragen mögen.

